

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage: „Die Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275.

Breslau, Mittwoch, 23. November 1892.

3. Jahrgang.

Der denaturirte Spiritus.

Seitdem wir mit einer so hohen Branntweinsteuer belegt sind, ist selbstverständlich auch eine Hinterziehung derselben profitabler und deswegen sucht die Regierung den Schwindlern dies Geschäft zu verderben. Da sie andererseits genöthigt wurde, den Spiritus, der zu gewerblichen Zwecken gebraucht wird von der hohen Steuer zu befreien, hat sie ein Verfahren eingeführt, um denselben ungenießbar zu machen. Der Spiritus wird denaturirt, und zwar geschieht dies entweder durch Beimischung eines chemischen Productes, Pyridin, das aus dem Steinkohlentheer gewonnen wird, und, wenn nicht giftig, so doch mindestens sehr gesundheitschädlich ist, oder durch Holzspiritus (Holzgeist), der ebenfalls Uebelkeiten hervorruft, wenn man ihn in größeren Mengen oder längere Zeit hindurch nur riecht. Trinkt man Spiritus, der mit Pyridin gemischt ist, so wird man von Erbrechen, Durchfall, Speichelfluß, auch Athemnoth und Krämpfen heimgesucht, während der Genuß des Gährungsspiritus (Methylalkohol) mit Holzspiritus (Methylalkohol) einen riesigen Brunnenschädel und nervöse Störungen erzeugt. Daß trotzdem in Gefängnissen und von ganz verkommenen Säusern solcher methylirter Spiritus getrunken wird, beweist nichts gegen die Thatsache, daß er die Gesundheit derjenigen untergräbt, die gezwungen sind, mit ihm zu arbeiten, da schon sein Geruch vergiftend wirkt.

Drechsler, Tischler, Vergolder, Gutmacher, Färber, welche bei ihrer Arbeit mit denaturirtem Spiritus zu thun haben, leiden an chronischer Heiserkeit, Kragen im Halse, Neigung zum Erbrechen, Kopfschmerz, Sittern, Ohnmacht, Athembeengung und krampfartigen Zuckungen. Das geben jetzt schon Fabrik-Inspectoren

zu, nachdem es die Sachkenner schon längst festgestellt haben.

Daß solche Zustände beseitigt werden müssen, haben die Arbeiter und ihre Vertreter von jeher verlangt. Als die Branntweinsteuervorlage im vorigen Jahre im Reichstage berathen wurde, brachte ein Mitglied der socialdemokratischen Fraction diese Uebelstände zur Sprache. Es fanden auch Conferenzen zwischen demselben und den Vertretern des Reichsgesundheitsamtes in Bezug auf diese Frage statt, um Mittel und Wege zu finden, wie die von allen Seiten anerkannten Schädigungen vermieden werden könnten, welche durch die jetzt übliche Denaturirungsmethode hervorgerufen werden. Von Seiten der Regierungsvertreter wurde damals versprochen, dahin zu wirken, das ein anderes Denaturirungsmittel eingeführt werde und sind auch Versuche mit demselben in einer Berliner Lufabrik, sowie in einigen Tischlereien gemacht worden, die aber zu keinem abschließenden Resultate führten, da das neue Denaturirungsmittel ebenfalls die Arbeiter belästigte. So lange der Branntwein versteuert wird und die Industrie steuerfreien Spiritus verwenden soll, so lange ist es eben nöthig, daß ein Denaturirungsmittel in Anwendung kommt, da sonst der Steuerdefraudation Thür und Thor geöffnet ist. Die Socialdemokratie hat jeder Zeit verlangt, daß die Branntweinsteuer überhaupt beseitigt wird; es ist aber nicht daran zu denken, daß dies bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages zu erreichen ist. Unmöglich darf man jedoch ruhig zusehen, wie inzwischen Leben und Gesundheit derjenigen Arbeiter, die gezwungen sind, mit denaturirtem Spiritus zu arbeiten, durch das vorhandene Verfahren geschädigt werden. Sache derjenigen Gewerkschaften, welche denaturirten Spiritus verwenden, ist es nun, sich in Versammlungen über die Denaturirungsfrage auszusprechen. Wir

wollen hierbei gleich bemerken: ein Denaturirungsmittel, das die Gesundheit nicht schädigt, ist der Chemie bis jetzt nicht bekannt; verschiedene Chemiker und Mitglieder des Reichsgesundheitsamtes, sowie der reichsphysikalischen Anstalt haben sich eifrig bemüht, ein neues, besseres Denaturirungsmittel zu finden; bis jetzt ist dies aber noch nicht gelungen.

Die Arbeiter haben jedoch das Recht, zu verlangen, daß sie nicht gezwungen werden, mit Spiritus zu arbeiten, der ihre Gesundheit angreift. Deswegen wird nichts anderes übrig bleiben als die Forderung aufzustellen, daß der Spiritus undenaturirt verwendet werden muß, wodurch er sich freilich um 70 Mk. für 100 Liter 100 gradigen Alkohol vertheuert.

Die Kleinmeister werden dann ganz besonders darunter zu leiden haben, und da es denselben ohnehin schlecht genug geht, werden dieselben von einer solchen Vertheuerung der Production nichts wissen wollen — die Großindustrie wird die erhöhten Unkosten auf den Consumenten abwälzen, was dem Kleinmeister bekanntlich stets weit weniger möglich ist. Die Arbeiter haben aber dasselbe Recht an's Leben wie die Kleinmeister, und deswegen sind die Arbeiter, welche gegen den denaturirten Spiritus protestiren, hierzu berechtigt. Bei den Reichstagsverhandlungen wird diese Frage angeschnitten werden müssen, falls die Regierung nicht selbst mit Erklärungen hervortritt.

Die Medicinalbehörde hat übrigens wenigstens halbofficiell zu dieser Frage Stellung genommen. Die Vierteljahrschrift für öffentliche Gesundheitspflege, herausgegeben von höheren Medicinalbeamten, stellt in ihrem kürzlich erschienenen diesjährigen Supplementsbande folgende Forderungen auf:

1. Ausgiebigen Luftaum für jeden der Arbeiter, die gewerblich mit denaturirtem Spiritus zu thun haben.

Was willst Du denn?

Erzählung nach dem Leben von H. Otto-Walster.

1] Nachdruck verboten.

„Ach wie schön, wenn heute endlich die Sonne Siegerin blüete über die unerbittlichen Regenwolken, welche uns arme frange Menschen gar nicht mehr zur Besserung gelangen lassen wollen. Wie schön, wie lockend, wie wohlthuend empfing mich dieses so eng von Bergen umschlossene Wiesenthal, als ich es zum ersten Male von jener Höhe weich und düstig gebettet in lauter warmen Strahlen der Junisonne sah! Da drunten herrscht Ruhe und Frieden, da drunten herrscht Sonnenschein und Thalesfrische in lieblichem Verein mit Blumen- und Waldesduft, da drunten wirst Du gesund werden in wenig Wochen. So dacht ich, als ich erwartungsvoll hinunterschaute und zum ersten Male, seit langer Zeit, die Brust leichter athmen und das Blut wärmer in mir strömen fühlte. Aber an solchem engen Wiesenthale scheinen auch die Gewitterwolken ihr besonderes Gefallen zu finden, sie lehnen sich an die Berggipfel und haften daran nun wohl schon 14 Tage. Wie ist der kleine unscheinbare Bach so mächtig geschwollen, wie überfluthet er hier und da die Wiesenfläche die sich wohl oft nach seinem Besuche sehnte, wenn auch die tiefsten Wurzeln seiner Gräser und Kräuter zu vertrocknen begannen, während sie jetzt vom Ue ermaß seiner Güte fast aufgelöst werden. Wie prachvoll muß es werden, wenn nun die Sonne die

feuchten Luftschichten durchglüht und die Luftwellen wieder warm empormallen läßt zu den Bergen, wie zu der frange Menschenbrust!“

Der arme junge Mann, der solche sehnstüchtige Wünsche beim Herausstreiten aus der beschiedenen ländlichen Wohnung im Angesichte der sanft und mild heraufsteigenden Morgensonne äußerte, hatte wohl alle Ursache, sich über die Ungunst der Witterung zu beklagen. So schön und wohltätig ein solches von waldigen Bergen umschlossenes Wiesenthal im heißen erdrückenden Hochsommer für alle der Erfrischung und Stärkung bedürftigen Menschenkinder ist, so mißmuthig stimmt es auch, wenn die Einsamkeit und Stille durch die vom Himmel, wie von den Bergen herabplätschernden Gewässer noch monotoner gemacht, der erwünschte Schatten zum Düster und die Frische zur Kälte herabgestimmt wird. Und das empfindet die frange Menschenbrust am allerempfindlichsten. Dringt aber dann die Sonne kräftig in das feuchte Thal, dann steigen die Dünste warm empor und mit ihnen zugleich der stärkende Duft von Gras, Kraut und Blumen; und wie im feuchtwarmen Treibhaus die Pflanzen, dehnen, strecken und weitem sich behaglich alle lebenden Geschöpfe.

Auch dieser junge Fremde ist sicherlich mit Noth und Mühe einem toddrohenenden Winter noch glücklich entronnen; die gelbliche Wäsche des vom feuchten schwarzglänzenden Haupthaar umrahmten geistvollen Gesichts deutet auf längeres Sibirien, und solche Behaglichkeit und solches Entgegenkommen nach belebenden

Sonnenstrahlen sieht man bei Gesunden nicht. Der schlaffe Körper scheint auch trotz der eben genossenen Nachtruhe leicht zu ermüden, denn wir sehen es ihm an, wie nöthig ihm die Ruhe in der Ecke der dicht vom wilden Wein umrankten Laube sein mag. Die Augen eher wenden sich mit verlangendem Ausdruck, noch weiterer Stärkung gewiß, zur Thür des beschiedenen, aber freundlich in seine Umgebung hinausschauenden Häuschens, dessen Gast er zur Zeit ist.

Und wie, als wenn er gerufen hätte, erscheint auch bald mit einem Kaffeebrettchen, auf welchem Milchfrug und Tasse untadelig weiß schimmern, ein blondes Mädchen, bei dessen Anblick die bleichen Gesichtszüge des Kranken die wärmeren Lebensfarben zu durchziehen beginnen.

Es ist ganz natürlich. Wo findet man eine anmuthigere, schlaffe Mädchengestalt, wo ein goldigeres blondes Haar in kunstlosen Flechten, und wo so helle, sinnige blaue Augen? Der kleine rosige Mund hat aber einen Vorwurf auf den Lippen und die weißen Zähne lassen auch gleich den Vorwurf herausklingen.

„Sie sind wieder recht unvorsichtig, so zeitig an die Luft zu gehen. Guten Morgen!“

„Guten Morgen, mein lieber blonder Schützengel, mußt Du aber erst schelten, ehe Du mir Deinen lieben Morgengruß bringst. Und immer wieder versagst Du mir das liebe „Du?““

„Ich kann mich gar nicht daran gewöhnen.“
„Es ist ein schlimmes Dmen, liebe Emma.“

2. Nichtzulassung schwächer, insbesondere scrophulöser, herzkranker Personen, Nichtzulassung von Frauen und Kindern zu einer Arbeit, bei welcher denaturierter Spiritus verwendet wird.

3. Verkürzung der Arbeitszeit bei allen Arbeiten und in allen Werkstätten, wo solcher Spiritus zur Verwendung gelangt.

Unzweifelhaft giebt § 120e der Gewerbeordnung die Möglichkeit, solche Vorschläge durchzuführen, da er bestimmt, daß durch Beschluß des Bundesraths für Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben werden können. Soer so kann dies in Bezug auf Luustraum, Annahme von Personal u. s. w. geschehen wie dies ja in Bezug auf Phosphorfabrikation, Spiegelblech-Nachhallen und Cigarrenfabrikation schon geschehen ist, wenn auch bei letzterer in durchaus ungenügender Maße, da laut Bundesrathsbeschluß als Mindestluustraum 7 Cubikmeter bezeichnet werden, die Hygiene 15-20 Cubikmeter und Ventilation mit dreimaligen Luftwechsel per Stunde verlangt.

Falls aber diese Anforderungen durchgeführt werden, dann sind es wiederum in erster Linie die Kleinmeister, welche besonders in Bezug auf die Größe der Arbeiterräume durch diese Vorschriften zu Geldausgaben veranlaßt werden, gegen die sie überhaupt protestieren! Und das alles haben sie nur dem famosen Branntweinsteuergesetz zu verdanken, zu dessen Nachtheilen diese Denaturierungsfrage auch gehört.

Die Arbeiter können nicht aus Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer ihre Gesundheit vernichten lassen; will die Regierung, wie sie ja so oft behauptet, die Interessen der Kleinmeister wahren, so möge sie die Branntweinsteuer überhaupt aufheben, dann ist die Denaturierungsfrage los. Da sie aber daran nicht denkt, so wird sie wenigstens dazu veranlaßt werden müssen, daß sie durch geeignete Maßnahmen die Gesundheit der Arbeiter, die mit denaturiertem Spiritus arbeiten, schützt. Weil nun bekanntlich ohne gründliche Ermahnung seitens der Arbeiter nichts zu Gunsten derselben gethan wird, so müssen die bei dieser Frage interessirten Arbeiter ihre Proteste wiederholen! Nur wenn diese mit großem Nachdruck geschehen, ist Aussicht vorhanden, daß ein Schritt — wenn auch vielleicht nur ein halber, wie gewöhnlich — von Seiten der Regierung zur Beseitigung der herrschenden Mißstände, welche durch das Arbeiten mit denaturiertem Spiritus jetzt verbunden sind, gethan wird.

Socialpolitische Rundschau. Deutschland.

Ueber die Chancen der Militärvorlage schreibt der Berliner Correspondent der „Fris. Stg.“: „Soweit sich die Verhältnisse und die Stimmungen — sagen wir vorsichtig: zur Zeit — übersehen lassen, besteht ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit, daß die Militärvorlage im Reichstage auch auf die Gefahr einer Auflösung und des Sturzes des Grafen Caprivi hin abgelehrt werden wird, zumal der General-Reichskanzler,

wie ihn Windthorst in solchen Fällen zu nennen liebt, so ehrlich von der Nothwendigkeit der von ihm vorgeschlagenen Heeresreform überzeugt ist, daß er wirklich werthvolle Concessionen, die eine Herabminderung der Last bedeuten würden und zu einem Compromiß führen könnten, nicht machen wird. Der Reichstag hat die Militärvorlage, als er am Dienstag dieser Woche zusammentrat, schon vorgefunden, und man könnte also nach dieser Sachlage zu dem Schlusse kommen, daß die Entscheidung bald erfolgen wird. Trotzdem ist das nicht wahrscheinlich. Die Verathung wird sich schon des Umfanges und der Schwierigkeit des Stoffes wegen geraume Zeit hinziehen, und man wird die Militärvorlage keinesfalls getrennt von den Steuergesetzen behandeln, durch welche die Kosten für die Heeresvermehrung aufgebracht werden sollen. Diese Steuergesetze aber werden dem Reichstage erst einige Zeit nach dem Beginne der Session zu sehen kommen. Schon dadurch wird sich die Verathung und Entscheidung verzögern. Es kommt aber als wichtigerer Umstand noch hinzu, daß trotz der allgemeinen Stimmung, die jetzt gegen die Militärvorlage in allen Parteien zu Tage tritt, doch als entschlossene und bis zur letzten Entscheidung consequente sachliche Gegner, abgesehen von den Socialdemokraten, nur die Freisinnigen und die Volkspartei, unter den anderen Parteien aber nur einzelne kleine Gruppen von Abgeordneten anzuführen sind. Freisinn und Volkspartei verwerfen die Militärvorlage wegen der persönlichen und finanziellen Belastung, die sie dem Volke auflegt; sie sind nur für die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit und deren nothwendigen Consequenzen ohne eine Erhöhung der Präsenzstärke zu haben. Ganz andere steht es in den übrigen Parteien, aus deren Mitte jetzt Widerspruch gegen die Militärvorlage laut wird. Deren Gegnerschaft entspringt den verschiedenartigsten Motiven, unter denen das der Mehrbelastung des Volkes durchaus nicht das maßgebende oder wichtigste ist. Ein Theil der Conservativen bekämpft nur die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und würde bei Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit für sehr weitgehende Belastungen zu haben sein. Für einen anderen Theil, auch innerhalb des Centrums, bildet die Frage, aus welchen Steuern die Mittel zur Deckung angerommen werden sollen, den ausschlaggebenden Punkt, und ihr gegnerischer Widerspruch könnte sich in Zustimmung verwandeln, wenn die neuen Mittel durch Steuern aufgebracht würden, die nicht sie, sondern Andere treffen. Zwischen durch machen sich Strömungen bemerkbar, deren schieflicher Verlauf abhängig ist von der Frage, wie erü Graf Caprivi z. Z. steht, ob er mit der Militärvorlage fällt und was dann nach ihm kommt. Darüber circuliren die verschiedensten Ansichten und Gerüchte und je nachdem diese sich klären, werden gewisse Abgeordnete und Partigruppen ihre Stellung zur Militärvorlage nehmen. Es agirt jetzt Mancher in der ungewohnten Rolle eines Befämpfers der Heeresvermehrung, der unter einem andern Reichskanzler wieder als patriotischer Beförderer der Stärkung unserer Wehrkraft auftreten würde. Das Schicksal der Militärvorlage wird also nicht nach rein sachlichen Gesichtspunkten entschieden. Es wird sich noch Manches hinter den Coulissen abspielen und deshalb kann man

die gegenwärtige Stimmung noch nicht als zuverlässigen Maßstab des schließlichen Ausgangs ansehen. Die Erkenntniß, daß mit der Ablehnung der Vorlage im Reichstage das Spiel nicht etwa aus ist, sondern daß es dann um einen größeren Einsatz weiter geht, ist nicht so schwierig, als daß sie nicht für die schließliche Stellung der überhaupt noch schwankenden Parteien von der größten Bedeutung wäre. Das Alles spricht dafür, daß die Behandlung der Militärvorlage ziemlich langsam betrieben werden und daß es auch an Versuchen zu Compromissen nicht fehlen wird.“

Das Gescheh der Militärvorlage ist jetzt besiegelt und zwar durch nationalliberale Mannessteelen. In Schmaifalben wurden nämlich die Nationalliberalen mit einem hochpolitischen Vortrag des Secretärs der Nationalliberalen Thüringens beehrt und nach dem Vortrage sprach laut der „Frei Zeitung“ der nationalliberale Wahlverein „das Vertrauen zur nationalliberalen Partei aus, daß dieselbe gegen oder event für die Militärvorlage stimmen werden.“ In diesem event. für oder event. dagegen ist das nationalliberale Programm ausgedrückt. Nach dem ersten Programmpunkt „für“ handelt die nationalliberale Fraction in den gesetzgebenden Körpern, und der zweite Punkt „dagegen“ dient zur Verbrämung des ersten, er ist für die bestimmt, die nicht alle werden.

Wie Brantenbeleidigungsproceße entstehen, dafür liefert das „Reichsblatt“ einige Beiträge:

„Ein Bauer in der Neumark klagte den Gemeindevorsteher beim Amtsvorsteher an, daß er die Gemeindevorsteher nicht richtig geführt hat. Der Amtsvorsteher untersuchte die Sache aber nicht, sondern zeigte den Bauer wegen Brantenbeleidigung beim Staatsanwalt an. Darauf ging der Bauer zum Landrath und machte ihm die Anzeige gegen den Gemeindevorsteher. Der Landrath sagte: „Dem Gemeindevorsteher sehe ich bei.“ Aber schließlich untersuchte der Landrath die Sache doch, und es stellte sich heraus, daß thatsächlich grobe Unregelmäßigkeiten in der Gemeindevorsteher waren. Weshalb unterrichtet man solche Sache nicht gleich?“

„Ein Amtsanwalt zeigte einen freisinnigen Jagdpächter wegen Jagdvergehens an. In der Gerichtsverhandlung sagt der Jagdpächter: „Er wundere sich, daß der Amtsanwalt in angeklagt habe, da der Amtsanwalt selber verschiedene Jagdvergehen begangen habe. Er habe u. A. einen Hirsch in der Schonzeit geschossen.“ Was geschah nun? Wurde der Amtsanwalt angeklagt? Nein, gegen den Jagdpächter wurde vom Staatsanwalt eine Untersuchung wegen Brantenbeleidigung eingeleitet. Die Untersuchung ergab aber, daß die Beschuldigung begründet und eine Bestrafung des Jagdpächters wegen Beleidigung nicht möglich war. Was geschah nun? Wurde jetzt der Amtsanwalt bestraft? Nein, der Staatsanwalt schlug die Anklage nieder, weil es nicht erwiesen sei, daß dem Amtsanwalt das Bewußtsein der Strafbarkeit seines Jagdvergehens inne gewohnt habe!“ — Der Jagdpächter mußte übrigens wegen seines Jagdvergehens freigesprochen werden.“

Die Binde, welche Frau Themis vor den Augen trägt, macht sie zeitweilig nicht nur blind, sondern auch schwerhörig.

Die internationale Münzconferenz wird heute in Brüssel eröffnet werden; die Eröffnungsgereden hält der Ministerpräsident Beernaert.

Weder eine Regierung als Freundin der Militärvorlage! Der württembergische „Staatsanzeiger“

„Es wird doch nicht, es ist doch früher auch so gegangen.“

„Früher? ei Mädchen, das früher ist für mich seit einer Ewigkeit gewesen. Seit jenem Abend, da ich nach kurzem Plaudern mit Dir Dich erkannte, als so ein herzlich liebtes, reines und mir ganz verwandtes Wesen, geht eine narke Scheidewand zwischen mein früheres und mein jetziges Leben, und jenseits jener Mauer ist bei mir Alles wie seit langer Zeit begraben. Jetzt habe ich erst das Leben lieben gelernt, seit ich Dich zu lieben begann.“

„Bei uns zu Lande sagen die Leute erst Du zu einander, wenn sie öffentlich verlobt, als Brautigam und Braut bekannt sind.“

„Und das ist doch nur eine ganz leere Sache der Form. Verlobt sind zwei doch, wenn sie sich zusammengefunden und erkannt haben, daß sie für einander geschaffen waren und deshalb angeschlossen sind, fernerhin Leid und Freud des Lebens miteinander gemeinsam zu tragen, zu genießen. Als ich im freudigen Schauern meines Herzens dies fühlte und zu Dir sagte: „Mädchen, Du mußt die Meins werden, wenn ich jemals auf Erden glücklich werden soll, denn ich liebe Dich unaußsprechlich mit Deiner Herzensgüte und Deinem lieben frommen Engelsangeßicht, da landest Du das „Du“ doch ganz natürlich und sagtest mir, indem Du Dein blondes Köpfchen an meine Schulter schmiegest und Deine blauen Augen zu mir aufschlugst, „ja, ich will die Deine werden, wenn Du mich so von Herzen

liebst, wie ich Dich.“ „Waren wir da nicht verlobt, oder hast Du jene Stunde vergessen?“

„Ich werde sie nie vergessen, was auch das Leben bringen mag. Aber Herr . . .“

„Bruno sollst Du zu mir sagen, wie an jenem Abend, und niemals anders!“

„Aber Bruno, Sie . . .“

„Du wollest Du wohl eben sagen?“

„Bruno, Du weißt, daß Andere über unsere Zukunft entscheiden werden.“

„Nicht so ganz, denn wenn ich auch augenblicklich noch schwach von der Krankheit, fühle ich doch Energie genug in mir, um allen feindlichen Mächten gegenüber meines Herzens Meinung durchzusetzen.“

„Dein Vater . . .“

„Ja, mein Vater ist ein reicher Mann und sein Wohlwollen kann mir alle Lebensnoge leicht machen. Aber ich habe etwas gelernt, ich habe gelernt auf Kosten meiner Gesundheit, weil ich auch etwas sein wollte in diesem Leben, selbst wenn ich nicht reich sein sollte. Der Reichthum meines Vaters hat mir oft mehr geschadet als genützt. Die reichen Mittel, die er mir auf die Universität mitgab, haben mich alle Thorheiten der akademischen Jugend mitgegeben lassen, während, wenn ich arm war, meine Kraft sich lediglich auf Studium gemeldet hätte. Meine Studienfreunde ergaben sich dem wilden, herausgehenden Studientreiben gefahrloser als ich, denn sie arbeiteten weniger, ich aber studirte ernstlich dabei und erschöpfte Körper und Geist zugleich in allzu starkem Maße. Das hat meine

Gesundheit so erschüttert, wie Du es hier gesehen. Aber ich fühle mich selbstständig dabei, und mag es kommen, wie es will, ich werde meinem Gelübde, meiner Verlobten treu bleiben. So habe ich es auch meinem Vater geschrieben.“

„Und Dein Vater wird heute kommen, und er wird Dir erklären, daß Du Dir das arme Landmädchen aus dem Sinne schlagen sollst.“

„Und ich werde ihm sagen, daß ich das arme Landmädchen, Dich blonden Engel, nicht bloß im Sinne, sondern festgewurzelt im Herzen trage.“

„Und er wird Dir sagen, daß Du zwischen ihm und mir die Wahl hast.“

„Es wäre das Schlimmste, was uns begegnen könnte, aber ich werde ihm sagen, daß die Zeit eines Zweifels über das, was ich zu wählen habe, bei mir längst vorüber.“

„D, Bruno, Du glaubst nicht, wie sehr ich mich vor diesem Tage gefürchtet und jetzt noch fürchte, ja mehr fürchte, als damals, als Du den Brief schriebst. Er wird nun kommen, und ich werde kaum den Muth haben, die Augen zu ihm aufzuschlagen.“

„Weil Du Dich Deiner Macht, der Macht Deiner Unmuth nicht bewußt bist.“

„D, Bruno, die Reichen pflegen immer auf Anderes ihr Augenmerk zu richten.“

„Es ist wahr, Liebste, aber meine Aufgabe wird sein, seinen Sinn auf das Richtige zu lenken.“

(Fortsetzung folgt).

erklärt die Meldung, die württembergische Regierung bringe der Militärvorlage keine Sympathie entgegen, für unwar. Wer hat denn im Ernst daran gezweifelt?

Eine Strafe für die Sachseugängerei sieht die „Kreuzzeitung“ darin, daß die Stadt Halle a. S. sich veranlaßt gesehen hat, 40 000 Mk. beschäftigungsloser Arbeiter aufzuwenden. Das sind die Folgen der unbegrenzten Freizügigkeit! „Aus dem ganzen Osten strömen die Arbeiter im Frühjahr in die gesegnete Provinz Sachsen, nach ihrer Ansicht das Land, wo Milch und Honig fließt. Und jetzt muß Halle noch diese Arbeiter unterstützen, die vor den Segnungen des „patriarchalischen“ Regiments der Junker der Ostprovinzen flüchten. Die fromme „Kreuzzeitung“ möchte diesen gottlosen Arbeitern jede Bestilung auf den Hals wünschen und darin den Finger Gottes erblicken.“

Zu den bevorstehenden parlamentarischen Verhandlungen schreibt man dem „Hannoverschen Courier“ aus Berlin:

„So kurz vor Beginn der Reichstags-Session wie in diesem Jahre, ist der Arbeitsstoff für den letzteren noch nie festgestellt worden. Für die letzte Entscheidung über den Etat wird der Bundesrath noch eine Sitzung abhalten. Wahrscheinlich wird auch die Militärvorlage noch im Plenum des Bundesraths vor der Eröffnung des Reichstages für den letzteren abgeschlossen werden. Die noch ausstehende Entscheidung ist wie mit Bestimmtheit versichert wird, lediglich eine Formalität. Es wird angenommen, daß die Militärvorlage schon am nächsten Dienstag, spätestens aber nach Constatirung des Reichstages, am Mittwoch, zur Vertheilung komme. In diesem Falle würde möglicher Weise der Reichskanzler Graf Caprivi die Einbringung der Vorlage besonders mit einer Rede begleiten. Ein solcher Vorgang war bislang im Reichstag nicht üblich. Es wird daher auch für wahrscheinlich gehalten, daß die einleitende Rede des Reichskanzlers erst bei der ersten Lesung des Gesetzes erfolgt. Doch ist darüber, sicherem Vernehmen nach, noch kein Beschluß erfolgt. Die Frage, ob die erste Lesung des Reichshaushaltsetats, der jedenfalls bereits fertig gestellt ist, bei der Militärvorlage vorzugehen soll ist noch offen und dürfte wahrscheinlich von dem Zeitpunkt des Erscheinens der beiden Gegenstände abhängig bleiben.“

Die Reichssteuer-Vorlagen sollen im Laufe der nächsten Woche an den Bundesrath gelangen. Die Anwesenheit des bayerischen Finanzministers in Berlin hängt mit der Fertigstellung dieser Vorlagen, wie officios mitgetheilt wird, zusammen. „Wenn schon Einigkeit über die Reichssteuervorlagen erzielt wäre,“ bemerkt dazu die „Freisinnige Zeitung“, „so brauchte der bayerische Finanzminister nicht erst zu Conferenzen nach Berlin zu kommen. Unmöglich wird man dem Reichstag zumuten können, in einer ersten Berathung über den Reichshaushaltsetat und die Militärvorlage einzutreten, bevor mit den Reichssteuervorlagen das finanzielle Material zur Beurtheilung der Sachlage vollständig vorliegt. Vielleicht wird sich Herr Eugen Richter in dieser Annahme doch irren, denn die Reichsregierung hat es offenbar sehr eilig mit der Militärvorlage und wird sie nicht erst einer erneuten wochenlangen öffentlichen Discussion aussetzen wollen, ehe die Entscheidung fällt.“

Eine neue „Correctur“ des preussischen Vereinsgesetzes hat das preussische Ober-Verwaltungsgericht vorgenommen, wenn die „Kreuzzeitung“ recht berichtet. Zu Ehren der socialdemokratischen Waise sollte sich in diesem Jahre in Cöslin ein Zug mit Musikbegleitung vom Marktplatz aus in Bewegung setzen und sich hieran die Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel anschließen. Die Orts-Polizeibehörde verweigerte dem Zimmerer P. die hierzu nachgesuchte Genehmigung und verhielt sich auch dann ablehnend, als letzterer nur die Erlaubniß zur Veranstaltung jener Versammlung erbat. P. beschritt nunmehr den Beschwerdeweg und strengte, von dem Regierungspräsidenten und demnachst vom Oberpräsidenten der Provinz Pommern abgewiesen, noch Klage an. Der Oberpräsident machte in der Klagebeantwortung geltend, daß, wenn auch die Socialdemokratie in Cöslin nicht stark vertreten sei, sich immerhin mehrere hundert Personen an der fraglichen Versammlung betheiligen würden. Derartige Versammlungen seien bisher in Pommern unbekannt und es hätte der Theil der Bevölkerung Cöslins, der in den Bestrebungen der Socialdemokratie eine besondere Gefahr erblickte, die Abhaltung jener Versammlung als eine Herausforderung auffassen können. Die Polizeiverwaltung habe nur pflichtmäßig gehandelt, wenn sie bei der geringen Zahl von Exekutivkräften geglaubt habe, nicht die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung bei Zulassung der Versammlung übernehmen zu können. Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts verwarf der Klage den Erfolg. Gründe werden nicht verkündet. Da hört doch Alles auf! Weil die Polizei glaubt, daß der Theil der Bevölkerung Cöslins, welcher die Abhaltung einer socialdemokratischen Versammlung für eine Herausforderung ihr gegenüber ansehen und deshalb Crawl

machen könne, denen die Polizei nicht genügend entgegenzutreten könne, soll also das Vereinsrecht den Socialdemokraten einfach genommen werden. Ein derartiger Entschluß eines Oberpräsidenten läßt sich nur befehlen, wenn man weiß, daß dieser Oberpräsident Niemand anders ist, als — Puttkamer, der frühere Polizeiminister.

Ein Pastor in der Provinz Hannover, der von einem Vormund erjucht wurde, das Taufzeugniß für ein Waisenkind unentgeltlich auszustellen, schickte den Taufschein mit 1 Mark 30 Pf. Nachnahme und folgendem Begleitschreiben:

„Anbei erfolgt der gewünschte Taufschein. Da ich hier gegenwärtig ein so erbärmlich Einkommen habe, das ich davon kaum das Leben fristen kann, so sehe ich mich zu meinem Bedauern außer Stande, Ihrem Gesuche, den Schein unentgeltlich auszustellen, nachzukommen.“

Ergebenst

R. . . . Pastor.

Der Gehalt des Pastors wird gegen 2100—2400 Mark betragen!

Die Ober-Postdirection zu Magdeburg veröffentlicht in der Magdeburger „Volkstimme“ eine Berichtigung, die wir nachfolgend zum Abdruck bringen, da die betreffende Notiz auch von uns gebracht wurde:

„In Nr. 266 der „Volkstimme“ vom 12. dieses Monats ist unter der Ueberschrift „Wie Militär-Invaliden behandelt werden“ ein Fall zur Sprache gebracht, wonach ein Invalide N. aus M. . . . bei der Postanstalt in M. . . . als Landbriefträger gegen den Bezug von 1 Mark täglich angestellt gewesen und nach einer Postdienstzeit von 11 Jahren und 29 Tagen mit einer Pension von monatlich 50 Pf. in den Ruhestand versetzt sein soll. Zur Richtgiltigkeit dieser Angaben, welche sich nur auf den im 45. Lebensjahre stehenden Militärinvaliden, Landbriefträger a. D. Nahrstedt in Wahlwinkel beziehen können, bemerke ich hiermit ergebenst Folgendes:

Der genannte Invalide, welcher als solcher vor seiner Aufnahme in den Postdienst an Einnahmen aus Militärfonds 540 Mark jährlich bezogen hat, ist am 1. September 1885 mit einem Anfangsgehalt von 510 M. und dem Wohnungsgeld-Zuschuß von 60 M. jährlich als Landbriefträger etatsmäßig angestellt worden und hat unmittelbar vor seiner, auf seinen Antrag wegen andauernder Krankheit, nach einer Postdienstzeit von 7 Jahren 4 Monaten erfolgten Versetzung in den Ruhestand ein jährliches Gehalt von 850 M. und den tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschuß bezogen. Bei seinem Uebertritt in den Ruhestand ist ihm das gesetzliche Ruhegehalt von 258 M. jährlich gewährt worden, von welchem Betrage 252 Mark auf die Militärkasse und 6 Mark auf die Postkasse entfallen. Außerdem bezieht Nahrstedt eine Kriegs- resp. Verklümmelungszulage von 288 Mark jährlich; seine Bezüge aus Militärfonds und aus der Postkasse stellen sie demnach jetzt auf insgesammt 546 M. jährlich. Die Redaction der „Volkstimme“ erjuche ich ergebenst, mit Bezug auf die vorstehenden Ausführungen eine entsprechende Berichtigung in Ihr Blatt gefälligst aufzunehmen.“

Der kaiserliche Ober-Postdirector: Rehbock.“

Danach zahlt also das „dankbare Vaterland“ dem im Kriege verstümmelten Mann täglich rund 1 Mark 50 Pf. Nobel!

Zur Reform des Hamburger Staatsverfassung bringt der „Hamb. Corr.“, das Organ des Senats und des Hamburger Großhandels, einen Artikel, in welchem das Blatt empfiehlt: Statt der jetzigen 60 Abgeordneten, welche von den Grundbesitzern, und der 60, welche von den gegenwärtigen und früheren Beamten gewählt werden, sollen künftig gewählt werden: 25 vom börsenfähigen Handelsstand i. e. den Mitgliedern „eines Ehrbaren Kaufmanns“, 25 von den Gewerbetreibenden in Anschluß an die Berufsgenossenschaften u., 25 von den Notabeln und Mitgliedern der Anwalts- und einer Ärztekammer, sowie den studirten Lehrern der Staatsschulen, 25 von den Grundeigentümern. — Es fragt sich, ob das Kastenwesen dieser Klassengegesetzgebung nicht vorzuziehen war; wenigstens war die Sache bedeutend schlichter.

Auch was der Teufel sagt, darf man nicht nachsprechen. In Eichstadt in Bayern stand der Pater Aurelian unter Anklage der fortwährenden verleumderischen Beleidigung der Frau Herz. Pater Aurelian ist durch die Austreibung des Teufels aus dem von diesem besessenen Knaben Jilk bekannt. Er erzwang von dem Teufel das Bekenntniß, daß Frau Herz den besessenen Knaben verflucht habe, daß er durch den Genuß von Hügeln der Herz besessen worden und deshalb der Teufel in ihn gefahren sei. Frau Herz hatte unter dieser Anschuldigung viel zu leiden, sie wurde im ganzen Ort als Hexe in Veruruf gethan. Pater

Aurelian trat den Beweis der Wahrheit an. Der Dompropst Briner und der Philosophie-Professor Hegens Schneidt gaben ihre Sachverständigen-Gutachten für den Teufel ab. Leider konnte dieser selbst nicht vorgeladen. Pater Aurelian kam noch gut weg, da ihn der Gerichtshof nur dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu 50 M. Geldstrafe verurtheilte. Und das alles im Zeitalter der Electricität!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Przibram. Ueber die von uns in Nr. 272 berichteten „Arbeiter-Zusammenrottungen“ wird der „Wiener Arbeiterzeitung“ Folgendes geschrieben: Nach der furchtbaren Pfingstcatastrophe hatte die Regierung der hiesigen Bergarbeiterschaft versprochen, alles zu thun, um die Folgen des großen Unglücks zu mildern. Namentlich wurde binnen kurzem eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt und die Auszahlung des Lohnes vom 30. Mai bis 10. Juli, während welcher Zeit der Betrieb in den Gruben eingestellt war, zugesichert. Bis heute warten die Bergleute vergeblich auf die Erfüllung des größten Theils dieser Versprechungen. Bis heute hat man ihnen nur für den Monat Juni 24 Schichten ausgezahlt, für den Monat Juli hat jeder nur die Zeit vom 10. bis 31. bezahlt bekommen. Die Lohnerhöhung ist ganz ausgeblieben. Die Bergarbeiter forderten in einer mit 2400 Unterschriften versehenen Petition vom Ackerbauministerium die Auszahlung ihres vollen Lohnes für den Monat Juli. Auch diese Petition hatte keinen Erfolg. Nachdem aber der Winter vor der Thür steht und die Arbeiter jeden Kreuzer dringend brauchen, sandten sie am 12. d. M. eine Deputation zum Oberberggrath Nowak und verlangten das, was man ihnen versprochen. Die Deputation wurde ungnädig aufgenommen und ihr bedeutet, ihr Verlangen sei nur das Verlangen „einiger Unzufriedener“. Die Arbeiter beschloßen, den Herrn Oberberggrath vom Gegenheil zu überzeugen, und erschienen am Sonntag massenhaft vor dem Gebäude der Bergdirection. Gegen 10 Uhr Vormittags waren über 1000 Mann versammelt. Die Behörden hatten ihrerseits die Gendarmarie der ganzen Umgebung, circa 30 Mann requirirt und der Bezirkshauptmann Weber erschien mit 16 Gendarmen und 10 Oripolizisten zum Schutze der Bergdirection. Die Arbeiter ließen sich nicht aus der Ruhe bringen. Sie wählten eine dreigliedrige Deputation und beauftragten sie, die bekannten Forderungen zu erneuern. Die Deputation wurde vom Oberberggrath Nowak empfangen. Nachdem sie ihre Wünsche vorgebracht, erklärte der Herr Rath nichts thun zu können, die Sache müsse erst höheren Orts „erwogen“ werden und eine bestimmte Antwort könne er erst am nächsten Dienstag geben. Der Bescheid des Herrn Oberberggrathes befriedigte keineswegs die versammelten Bergarbeiter. Die schlechten Erfahrungen, die sie mit solchen Versprechungen schon gemacht, haben die Leute mißtrauisch gemacht. Sie rühten sich nicht von der Stelle. Der Bezirkshauptmann befahl darauf den Gendarmen einzuzugreifen und ließ 4 Bergleute wegen Nichtbefolgung behördlicher Anordnungen verhaften. Die Verhafteten konnten nur mit Mühe in Haft gebracht werden und der Bezirkshauptmann mußte vor die Gebäude des Bezirksgerichtes, der Bezirkshauptmannschaft und der Bergdirection Posten aufstellen, um ein gewaltsames Befreien der Verhafteten zu verhindern. Eine Deputation, welche die Freilassung der Verhafteten fordern sollte, wurde nicht vorgelassen.

Die Brüner „Novost“, veröffentlicht folgendes für den bürgerlichen Klassenstaat charakteristische Eingekandt:

Dem Herrn k. k. Bezirkshauptmann in Senftenberg.

Wir fordern Sie, Herr Bezirkshauptmann, hiermit auf, künftighin den Fabrikarbeitern nicht zu drohen und die Arbeiterchaft, wenn sie ihre Beschwerden vorbringen will, ruhig anzuhören. Es ist Ihre Pflicht, als politischer Beamter, einen gerechten Standpunkt einzunehmen und nicht immer auf Seite des Capitals zu stehen. Ihre Thaten werden wir nächstens veröffentlichen.

Die geschäftkundigen Arbeiter.

Frankreich.

Die „Redaction“ der Kaiser Depesche wird von den Pariser Blättern in den schärfsten Worten verdammt. Der „Figaro“ meint, die Enthüllung müsse eine friedliche Lösung der elsässischen Frage herbeiführen. Die „Republ. franc.“ sagt, die Lügen sind enthüllt aber die Wirkungen bestehen fort und mit ihnen die endlose Reihe des Unheils, dessen Opfer die Völker sind. Der „Soleil“ nennt Bismarck den größten Verbrecher der Neuzeit. Allgemein wird die correcte Haltung der deutschen Presse anerkannt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. November 1892.

[Eine kleine Ueberraschung] wurde am 18ten d. M. auf der Friedrich Wilh (instr. solchen Geschäftsleuten, welche einen Theil ihres Waarenthanes, sei es an Schuh-, Eisen- oder Klempnerwaaren, außen an der Ladenthür aufzuhängen pflegen, von Seiten des Polizeikommissar zu Theil, indem letzterer gegen eine derartige Ausstellung zum großen Aerger der betreffenden Geschäftsleute ganz energisch vorging. Einerseits kann man es nun den Ladenthürhütern gar nicht verdenken, wenn sie bei dem schlechten Geschäftsgange alles mögliche versuchen, um Kunden anzulocken, andererseits wird aber jeder Unbefangene zugeben müssen, daß eine derartige, in Folge der Concurrenz oft übertriebene Ausstellung von Waaren nicht immer schön zu nennen ist. — Was nun die polizeiliche Einschränkung betrifft, so kann derjenige, welcher oft Gelegenheiten hat das byzantinische Benehmen mancher Geschäftsleute gegenüber der Polizei zu beobachten, merkt oft sehr wohl, wie der Arbeiter über die Schürze angesehen wird, dagegen man vor einem Schuhmann den Hut nicht tief genug ziehen kann, eine kleine Genugthuung nicht unterdrücken. Nun man muß die Hoffnung hegen, daß auch diese Menschen mit der Zeit einmal deutsch werden dürften. Z.

[Die Militärpflicht zurückgekehrter Auswanderer] betreffend macht die „Voll. Ztg.“ folgende Mittheilung:

Nach § 11 des Reichsmilitärgesetzes vom 9. Mai 1874 sind solche einmalige Reichsangehörige, welche durch mehr als zehnjährige Abwesenheit von Deutschland zwar die deutsche Reichsangehörigkeit verloren, aber eine andere Staatsangehörigkeit noch nicht erworben haben, genutzungslos, sobald sie ihren dauernden Aufenthalt wieder in Deutschland nehmen. Nach der neueren Praxis der zuständigen Behörden ist, wie wir hören, unter dauerndem Aufenthalt nicht zu verstehen eine ohne Aufgabe des Wohnsitzes im Ausland nach Deutschland erfolgte Rückkehr zum Zwecke eines Besuchs, sondern es ist erforderlich, daß der zurückkehrende in Deutschland seinen ordentlichen Wohnsitz als Mittelpunkt seines Geschäfts- oder Erwerbsebens nimmt.

[Selbstmord.] Sonnabend, den 19. d. Mts., früh gegen 7 Uhr, stürzte sich die ca. 50 Jahre alte Tochter des verstorbenen Reichs-Gründer-Directors Schaubert aus dem Fenster Nr. 3 gelagerten Wohnung. Der Tod trat auf der Stelle ein. Nachforschungen sollen die Ursache zu dem Selbstmord nicht aufdecken.

[Geschäftslosigkeit und Misere.] Am vergangenen Sonntag Nachmittag, in der fünften Stunde, lebte ein armer, kranker Mann, der zwei Kinder gestiftet, an dem Thor der Königl. Militärkaserne. Der Besuche war um die genannte Zeit ein ziemlich lebhafter auf der Promenade und die Soldaten schienen mehr als je aus den Kasernen zu kommen. Die Soldaten zu sehen, welche bei dem kalten Wetter, sich in ihre Hände gewacht, an dem freistehenden, kleinen Baum vorbei gingen, ohne sich um das Gesehe zu kümmern, von Nachforschern war keine Rede. Eine der dabei bemerkte, wie weit Arbeiter in manchen angestrichelten Zustände die Straße durch kamen, als sie von einem Krüppel bemerkten, riefen sie an ihn und riefen ihm eine Unterthugung. Der Krüppel verzog sich im angestrichelten Zustände keine Anzeichen mehr, was er die Besessenen nicht anmerken, franten Mann gar nicht erst anhen.

[Berichtigung.] In der Berechnung der Commission zur Regelung der Einkünfte, Nr. 21 der „Vollstreckung“, in dem Heft unter Nr. 10. Die Veranlagungsunterschiede vom 1. September betragen nicht 12 Mk., sondern 12 Mk. 50 Pf. Somit stimmt nun auch die zusammengezogene Summe unter Angabe. In der uns eingelangten Berechnung waren die Zahlen richtig angegeben. Ob das Material in der Redaktion oder in der Zeitung ist, können wir nicht genau angeben, wollen deshalb auch Niemanden beschuldigen.

[Vom Lohndeser.] Legationsrath von Wilhelmsbruch hat dem von Louis-Bud und seinen im „Mittel-Deutschen“ stehenden Kaufmann telegraphisch seinen warmen Dank ausgedrückt für die treffliche Wintergabe seines Erbes, welches hier sowohl bei der Preisgabe als bei der ersten Wiederholung am Sonntag mit 3 gl. jedem Ertrage in Szene ging. Als nächste Aufführung wird eines der lustigsten und gleichzeitig schönsten Stücke des französischen Repertoires „Die Gasse und die Stadt“ gegeben, welches seiner Zeit einige herrliche Aufführungen erfuhr am Berliner Theater spielte. Die damals von Gellert, Gellert, Kermes und Capelle stammenden Komikerrollen werden hier von einem hochachtungswürdigen dargelegt.

[Den Genossen und Gewerkschafts-Delegirten] wird hiermit bekannt gemacht, daß die statistischen Fragebogen bei Steinweg Hubenett, Graben Nr. 21, abzuholen sind.

[Unfall.] Am 18. d. Mts. stürzte beim Aufbau einer Bud: auf dem Blücherplatz ein Handelsmann aus einer Höhe von 3 Metern auf den Erdboden, woselbst er bewußtlos liegen blieb. Er wurde nach seiner Wohnung auf der Schlegelstraße überführt. Schwere Verletzungen scheint er glücklicherweise nicht erlitten zu haben.

[Ausgelegtes Kind.] Am 8. d. Mts. übergeben in dem Hause Louisenstraße Nr. 10 zwei unbekannt Frauen einem 9 Jahre alten Mädchen einen etwa 18 Monate alten Knaben mit dem Auftrage, denselben einem in dem genannten Hause wohnenden Schlosser zu überbringen; sie selbst müßten nach dem Hospital gehen und würden erst am nächsten Tage wiederkommen. Da sich diese Angabe nicht bekräftigte, wurde das Kind im Armenhause untergebracht. Zur Ermittlung der Mutter des Kindes dienende Nachrichten sind im Zimmer 5 des Polizeipräsidiums abzugeben.

[Zur Ermittlung.] Bei dem vor einigen Tagen wegen Diebstahls festgenommenen 18 Jahre alten Mädchen Emma Zellmann sind noch folgende Sachen beschlagnahmt worden, die jedenfalls auch von Diebstählen herrühren: ein rothgefarbtes Umfahgetuch, mehrere blaugestreifte und eine weiße Lapphürze, ein blauer Frauenrock, ein blauwollene Capotte mit blauweidenem Band garnirt. Die Eigenthümer mögen sich melden.

[Diebstähle.] Als am 17. d. Mts. ein Kollwagen, der mit Zucker beladen war, die Märkische Straße entlang fuhr, schnitten zwei 11 Jahre alte Schulknaben einen der Säcke an und füllten sich ihre Mützen mit Zucker. — Der Arbeiter Alons Kufner hat am 18. d. Mts. in dem Baude, der ihn gütlich aufgenommen hatte, ein Sparbüchlein über 200 M., eine silberne Uhr und einen goldenen Ring gestohlen und das Weite gesucht. So viel ermittelt, hat er von dem Buch bereits 150 M. erhoben. K. soll verhaftet werden. Der Dieb ist 26 Jahre alt, hat blonden Schnurrbart und ist körperlich. — Am 19. d. Mts., Vormittags, betreten zwei Schneiderlehrlinge das Geschäft eines Drechslers auf der Taschenstraße und äußerten den Wunsch, eine gute Cigarrenspitze zu kaufen. Es wurden ihnen acht verschiedene vorgelegt, während der Verkäufer einen Kunden bediente. Diese Gelegenheit ergriffte der eine Lehrling, dem er einen ein- und erlieferte ihm, da er nicht länger warten konnte. Als der Geschäftshaber den Verlust bemerkte und den Diebstahl zur Anzeige stellen wollte, ergriff dieser die Flucht, wurde aber bald von Polizeimännern festgenommen. — Aus dem Hofe Wasserlohnstraße 14 wurde ein vierköpfiger Handwagen mit der Aufschrift Clara Engel, Wasserlohnstraße 14, gestohlen. — Außerdem wurden auf dem Baumarkt nach hundert Diebstähle ausgeführt: einer Monteur aus manchen ein Portmonnaie mit 30 Mk. Inhalt aus der Mantelstraße gezogen. An demselben Tage wurde einer Arbeiterin ein Portmonnaie mit 5 Mk. Inhalt aus der Tasche des Knabes genommen. Ein am Delsauer wohnender Hausbesitzer wurde ein Korb mit Victualien entwendet.

[Verhaftung.] Festgenommen wurde ein Geschworenen wegen Unterschlagung.

[Polizeiliche Maßnahmen.] In das Polizeipräsidium wurden am 18. und 20. d. M. 165 Personen eingeliefert. — Gehten wurden: Einem Barriker auf der Grünstraße ein Wessing-Bandbedeckten; einem Eisenarbeiter auf der Mariannenstraße ein Portmonnaie mit 8 M. — Außerdem kamen: Ein goldener Trauring, gezeichnet F. K., ein Franzosenhütchen, ein Portmonnaie mit 25 M., ein Pfandbüchlein über einen goldenen Ring. — Gehten wurden: Eine Tabakspitze, ein goldenes Kreuz, ein Paar goldene Ohrringe mit rothem Stein, eine Erfinderruhr.

[Verhaftung.] Festgenommen wurde ein Geschworenen wegen Unterschlagung.

[Polizeiliche Maßnahmen.] In das Polizeipräsidium wurden am 18. und 20. d. M. 165 Personen eingeliefert. — Gehten wurden: Einem Barriker auf der Grünstraße ein Wessing-Bandbedeckten; einem Eisenarbeiter auf der Mariannenstraße ein Portmonnaie mit 8 M. — Außerdem kamen: Ein goldener Trauring, gezeichnet F. K., ein Franzosenhütchen, ein Portmonnaie mit 25 M., ein Pfandbüchlein über einen goldenen Ring. — Gehten wurden: Eine Tabakspitze, ein goldenes Kreuz, ein Paar goldene Ohrringe mit rothem Stein, eine Erfinderruhr.

Eingefandt.

[Wie man Proletariat begräbt.] Am 18ten November sollte ein College und Genosse vom Jahrgang „Breslauer Arbeiter“ begräbt werden. Das Begräbnis, welches, wie es ja meistens der Fall, armenhafte war, sollte um 8 Uhr, Vormittags, vom Central-Deutschen Krankenhaus aus, nach Gräbchen überführt werden. Einige Kollegen, welche den Verstorbenen nach seiner letzten Ruhestätte begleiten wollten, waren Punkt 5 Uhr, ja sogar noch eher zur Stelle. Es dauerte auch gar nicht lange, so erschien der Leichenwagen. Aber in was für Gestalt? In Gestalt eines einprägnanten Kinderleichenwagens, zu dem größten Er-

staunen der Leibtragenden. Nachdem sich das Mißverständnis herausgestellt hatte, fuhr der Kutscher mit dem Wagen nach Hause und kam erst nach beinahe dreiviertel Stunden mit dem anderen Wagen an. So mußten denn die Leidtragenden, nachdem sie ordentlich in die Fäße getreten hatten, sich endlich in ihre Lage schicken. Aber man möchte doch einmal wissen, an wem denn eigentlich hier die Schuld liegt? Wir glauben sehr wohl, wenn dieser Fall bei einem Begräbnis unserer Bourgeoisie passirt wäre, daß der betreffende Beauftragte, welcher diese Sachen unter sich hat falls es an die große Glocke kommt, von seinem Posten entfernt würde, ebenso, wie es mit dem Arbeiter gemacht wird, wenn er sich nur das Geringste zu Schulden kommen läßt. „Nette Einrichtung.“

Schlesien.

[Sagan, 18. November.] Aus der Haft entlassen. Die wegen versuchten Giftmordes gefänglich eingezogene Frau des Schuhmachers Sp. ist aus der Haft entlassen worden. Das Gericht muß sich wohl von der Unschuld der Frau überzeugen haben. Man war sofort der Meinung, daß ein Racheact gegen die Frau vorliege. Es wird nun noch zu ermitteln sein, wer den Racheact verübt hat.

[Sagan, 18. November.] Verurtheilung. Am 15. November fand gegen Genossen Luz, der bekanntlich wegen eines im „Proletariat“ veröffentlichten Artikels, durch welchen eine Lehrerin in Mengersdorf beleidigt sein soll, von Schöffengericht Reichenbach zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. — Die Berufungsbehandlung vor der Strafkammer in Schweidnitz an; vor derselben wurde das Urtheil des Schöffengerichts bestätigt. Genosse Luz hat demnach aus der Zeit, für welche er verantwortlicher Redacteur des „Proletariat“ war, insgesammt 3 Monate und 14 Tage zu verbüßen. Bei der mündlichen Begründung des Urtheils war sowohl von der Strafkammer, wie auch seiner Zeit vom Schöffengericht die Tendenz des „Proletariat“ als erschwerend hervorgehoben worden. Darnach soll derselbe den Zweck verfolgen, die verschiedenen Bevölkerungsclassen gegen einander unruhigen zu machen. Wir müssen demgegenüber betonen, daß uns eine solche Absicht fernliegt; wir sind der Meinung, daß unsere heutigen Zustände durchaus darrack angethan sind und sich immer mehr in der Richtung zu zeigen, daß eine Aufreizung zur Unzufriedenheit gar nicht nöthig ist, weil dieselbe durch unsere verkehrten wirtschaftlichen Zustände naturgemäß von selbst herbeigeführt wird.

[Sagan, 19. November.] Unnatürliches Kind. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich bei einem Gutsbesitzer in Alt-Weißenbach. Die 12jährige Tochter desselben wurde beim Drehen mit der Maschine von der unversehrten Welle erfaßt, einmal herumgeschleudert und mit solcher Heftigkeit auf den Kopf getroffen, daß sie sofort das Leben verlor.

[Sagan, 19. November.] Aufstellung der Zuckerfabrik. In der am 26. v. Mts. abgehaltenen Aufsichtsrathsitzung der Zuckerfabrik Braunsdorf wurde der Rechnungsbericht für die laufende Campaigne 1891/92 vom Vorstände vorgelegt und vom Aufsichtsrath festgestellt. Nach demselben ist bei einem Startkapital von 1.800.000 Mk. ein Bruttogewinn von 272.793,97 Mk. erzielt worden. Von diesem Gewinn wurden 125.576,68 Mk. in Abschreibungen gebracht und der Rest zur Verminderung von der aus dem Vorjahre übernommenen Unterbilanz, so daß noch ein solches laufendes Werk im Herbst der Bilanz zum Vortrag kommen. Es ist mit ihm in Brutto circa 15 pCt. des Actienkapitals verdient worden. Hoffentlich lassen sich die Herren Aktionäre durch diesen Umstandesohn keine trauen Haare wachsen und können somit vorerst dem Winter entgegensehen mit dem Gedanken an bessere Zeiten.

[Sagan, 19. November.] Wahlen. Vorige Woche fanden die Ergänzung- und Freiwahlen statt, welche mit einer geringen Theilnahme von Bürgern gingen. Von den 1040 Wählern der 2. Wahlklasse theilnahmen sich circa 200, währenddem bei der 1. Wahlklasse von 2000 wahlberechtigten Bürgern verhältnismäßig mehr Wähler erschienen waren. Bei der 1. Wahlklasse wählten von 46 Wählern 28. Wenn man die Zahlen und Resultate dieser wahlberechtigten Bürger zusammenstellt, so kann man sich überhaupt einen Begriff von dem jamosen Wahlstimm machen. Was kann es recht sein, mögen nun die 1040 Wähler der 2. Wahlklasse dasselbe Resultat haben, als die 46 der 1. oder die 200 der 2. Wahlklasse, das Eine steht fest, das Wahlsystem wird trotzdem keine Kräfte zeitigen.

[Sagan, 19. November.] Verhaftung. Der am 12. d. M. durchgegangene Rautenschneider Grube aus Löbau ist in Silesien bei Berlin aufgegriffen worden. Grube befand sich noch im Besitze der 6000 Mark Staatspapiere, nur das uorige entwendete Geld von einigen hundert Mark war bereits verausgabt worden.

Polen.

[Polen. Metallarbeiter - Versammlung.] — Näheres aus der Bewegung. Die bereits in unserem letzten Berichte angekündigte Versammlung der Metallarbeiter Polens fand am 18. November im Saale des Herrn Szafranc hierorts statt. Zu derselben hatten sich zahlreiche Arbeiter beider Nationalitäten eingefunden und erfreulich war es, zu bemerken, daß sich unter denselben Personen befanden, welche bis dahin jeder Arbeiterbewegung fern geblieben waren. Wir glauben nicht zu hoch zu greifen, wenn wir die Zahl der Anwesenden auf 200 schätzen, was für unsere Verhältnisse sehr viel bedeutet. Gegen 11 Uhr 30 Minuten Mittags wurde die Versammlung durch den Einberufer Grzeschewski eröffnet und zunächst das Bureau gewählt, welches sich aus den Genossen Szafranc als 1. Vorsitzenden, Gellert als 2. Vorsitzenden und Winter als Schriftführer zusammensetzte. Sodann ertheilte der Vorsitzende unsern Genossen Szafranc aus Breslau das Wort zu seinem Vortrage: „Zweck und Ziel der Gewerkschaftsbewegung.“ Zunächst schilderte der Redner in strenger Weise die bedauerliche sociale Stellung der Arbeiter und beleuchtete das Verhältniß derselben zum Arbeitgeber in

wahrer und deswegen sehr wirkungsvoller Weise. Zur näheren Erklärung und Begründung bediente sich der Redner eines umfangreichen statistischen Materials und wählte Bilder aus dem Leben in so packender Weise vorzuführen, daß dieselben, wenn gegenwärtige Zustände ironisierend, mit allgemeiner Heiterkeit, wenn traurige Verhältnisse darstellend, mit lebhaften Rundgebungen der Stimmung der Zuhörer begleitet wurden. Dann beschäftigte sich der Referent in seinen weiteren Ausführungen mit den Zuständen entlegener Zeiten, denen das heutige bittere Arbeiterelend seinen Ursprung verdankt. Er schilderte unter wissenschaftlicher Begründung die Entstehung des Großcapitals, den ungeheuren Ausschlag desselben durch Einführung der Maschinen und deren fortschreitende Vereinfachung. Er legte in anschaulicher Weise klar, wie dadurch die Zahl der Arbeitslosen überhandnahm und fortgesetzt nimmt, und wie durch die kolossale Arbeitslosigkeit, welche der Referent statistisch nachwies, die gedrückte und nach Brot sich sehende Arbeiterschaft, die zum allergrößten Theil gänzlich erwerbungslos Capitalisten auf Grnade oder Ungnade in die Hände falle. Heute, so führte der Redner unter Anderem aus, wo die Socialdemokratie, die einzige wahre Vertreterin der Interessen der Arbeiter, der besitzenden Klasse das Gewissen weckt, wo sie unablässig trotz Staatsanwalt und Richter für das gleiche Recht für Jedermann kämpft, wo sie auch unablässig die Arbeiter aus dem geistigen Schlaf rüttelt und dieselben zur Verteidigung ihrer bedrohten Freiheit führt, da lassen sich die Capitalisten dazu herbei, viel darüber zu reden und zu schreiben, daß man den Arbeiter „auch“ als Mensch behandeln müsse. Er beleuchtete den Werth der Berliner Arbeiterschulausstellung und der durch die kaiserliche Vorherrschaft im Jahre 1880 begonnenen und später durchgeführten „socialen Beschäftigung“, welche die sogenannten „Arbeiterschulausstellungen“ in sich schließt. Wie gesagt, man schreibt und redet viel, daß „manche“ Wünsche der Arbeiter gerecht sind und man will den Arbeiter befriedigen, so führte der Referent aus. Um aber den ersten Wünschen des Arbeiters gerecht zu werden, muß man ihn in die Lage bringen, sich und die Seinen unabhängig ernähren zu können, und da er dies nicht kann, muß die Lage des Arbeiters dadurch verbessert werden, daß er höhere Löhne erhält. Ja, fordern jedoch die Arbeiter Lohn-erhöhung, dann werden sie von den Capitalisten als Revolutionäre verflucht und verdammt. Wagen sie es in ihrer Noth, sich gegen die Ausbeutung gesehnt der Besitzenden zu schütten, viellecht durch Streik, dann werden sie von der capitalistischen Presse, welche sonst in Arbeiterfreundlichkeit überfließt, gestempelt als thörichte Tagelöhler, die für ihr Nichtsthun bezahlt haben wollen. Treffende Beispiele führte der Referent unter dem beherrschenden Titel der Versammlung an. Was sollen also die Arbeiter im Sinne der Capitalisten thun? Sie sollen sich mit leeren Reden abspähen und sich ruhig das Fell über die Ohren ziehen lassen; an den hochtönenden Worten der „arbeiterfreundlichen“ Herren muß es ihnen genug sein. Bei dieser Lage der Dinge muß sich jeder denkende Arbeiter sagen: fort mit dem Gedanken, daß ich mich auf den guten Willen des Capitalisten verlassen kann, denn das führt mich zum Abgrund des Verderbens, auf mich selbst will ich gestellt sein, als Mensch habe ich ein Recht als Mensch zu leben und das ist nur möglich, wenn die Hungerlöhne aufhören und an deren Stelle solche Löhne treten, welche ausreichen, für meinen und meiner Angehörigen anständigen Unterhalt. Das zu erreichen, muß ich jederzeit bestrebt sein und mich deswegen dem Gargen anschließen, denn der Einzelne ist machtlos; dem Ganzen, d. h. den Gewerkschaften, den Arbeiterorganisationen, welche die Interessensvertretung mit den Capitalisten nicht kennen, sondern eben als echte Arbeiterorganisationen das gute Recht der Arbeiter verteidigend, den Capitalisten gegenüberstellen. Hieran anschließend beleuchtete der Referent noch die Bestrebungen der Gewerkschaften betreffend Einschränkung der Arbeitszeit, sodann die idealen Bestrebungen, welche darin bestehen, daß dieselben die Arbeiter auf eine höhere Stufe der Bildung und Aufklärung hinführen wollen. Nachdem der Redner noch die Vortheile der Unterhaltungsstellen erläuterte, schloß er seine zweistündige treffliche Rede unter dem brausenden Beifall der Versammlung mit der Aufforderung zum Beitritt zu den Gewerkschaften. Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 13. November 1892 im Saale des Herrn Eschfranz tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, nach besten Kräften die Sache der modernen Arbeiterbewegung im Sinne des Referats zu fördern.“

Da sich zu der bereits eröffneten Discussion trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden kein Gegner zum Worte meldete und dem ausführlichen Vortrage des Referenten sonst nichts hinzuzufügen war, ergreift unser Genosse Wiese das Wort, um in polnischer Sprache nochmals die Hauptpunkte des Referats zu wiederholen. Inzwischen war folgender Antrag eingegangen:

„Das Bureau der heutigen Versammlung wird beauftragt, eine Stellvertreterin des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu gründen.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und Genosse Henker zum Bevollmächtigten gewählt. Sodann ergreift Genosse Schütz nochmals zu einem kurzen Schlusswort das Wort, in dem er in treffender Weise die Feigheit der hiesigen Gewerkschaften geißelt, auf die wir weiter hinten noch zurückkommen. Die Ausführungen wurden wiederum von Genossen Wiese in polnischer Sprache wiederholt. Nachdem der Vorsitzende hierauf ein von der Versammlung begeistert aufgenommenes Hoch auf die Gewerkschaften ausgebracht hatte, wurde von demselben die Versammlung gegen 2 Uhr Nachmittags geschlossen. Wie wir erfahren, sind der neugegründeten Zahlstelle bereits viele Mitglieder beitreten, so daß das Unternehmen vollständig glücklich ist. Aber auch die politische Partei hat einen nicht zu unterschätzenden Vortheil an der Versammlung gehabt, indem durch dieselbe ein neuer belebender Anstoß zur Agitation gegeben wurde, besonders da Genosse Schütz in gewandter Weise seinen Vortrag auch für die politisch mehr fortgeschrittenen Genossen interessant und anregend zu machen verstand. Wir sprechen unserem Genossen Schütz an dieser Stelle unseren Dank aus und wünschen, daß er recht bald wieder einmal in unserer Mitte weilen möchte. Wie in vorstehendem Berichte bereits bemerkt, beschäftigte sich Genosse Schütz im Schlusswort mit den hiesigen Gewerkschaften, deren feiges Verhalten derselbe gebührend festnagelte

und auch wir wollen das Verhalten der tapferen Ortsverbandleute etwas näher beleuchten. Der hiesige Ortsverband der Gewerkschaften ist einer derjenigen, welche ein letztes Bollwerk der Hirsch-Dunklerianer bilden und vielleicht der relativ stärkste im Osten des Reichs. Die hiesigen Mitglieder derselben finden sich von Zeit zu Zeit zu öffentlichen Versammlungen zusammen, in denen sie die Vorträge ihrer auswärtigen Referenten entgegennehmen. Die guten Leute brauchen eigentlich keine Discussion, denn unter ihnen giebt es keinen Redner, der sich vor einer Versammlung auszusprechen könnte; es mangelt ihnen allen an der nöthigen Sprachkenntnis und dann an richtiger Kenntniss und Erkenntnis der politischen und ökonomischen Lage des Volkes im Allgemeinen und ihrer eigenen Lage im Besonderen. Damit nun nicht ihre Versammlungen zu eintönig verlaufen, erscheinen wir Socialdemokraten regelmäßig in denselben und betheiligen uns recht lebhaft an den Discussionen. Die armen Referenten, welche bei dieser Gelegenheit arg zerstückt werden, wissen kaum etwas zu erwidern und gehen somit des Beifalls ihrer „Anhänger“ verloren. Das ist uns sehr bedauerlich, aber wir können doch nichts dafür. Da nun die Gewerkschaften sehen, wie ihre „hochverehrten“ Herren Führer kopfschütteln, und daß nicht mehr zu verteidigen im Stande sind, was sie kurz vorher gesagt haben, so sagen sie sich halt, die Socialdemokraten haben doch in Vielem Recht und wir müssen weiter forschen. Durch dieses Weiterforschen ihrer Mitglieder sind nun die Gewerkschaften, die „Deutschen“, arg zerstückt; und da nun noch die polnischen Mitglieder polnisch-nationale Ansprüche machen und fordern, daß die Vereinsführer vorwärts auch polnisch lauten soll, was die Mehrzahl der deutschen „Patrioten“ ablehnt, da wissen Führer und Geführte überhaupt nicht mehr: was nun? Um nun wenigstens die bösen Socialdemokraten aus den Versammlungen fern zu halten, wurde die letzte, am 20. October d. J. stattgehabte, wohlweislich ganz geheim und ohne Säulenanschlag anberaumt. Und siehe da, trotz aller Vorichtsmaßregeln fand doch ein Genosse den Weg in die Versammlung, unbemerkt; und als die Discussion eröffnet wurde, da getate er dem Referenten die Wahrheit, daß demselben die Augen übergingen. In seiner Naivität mußte der Referent überhaupt nichts zu entgegnen und da unser Genosse nochmals das Wort ergriff und den Referenten vollends in den Staub zu werfen begann, da wurde ihm plötzlich ganz unwillkürlich das Wort entzogen. Der Vorsitzende war darartig in Confusion gerathen, daß er dem Genossen, dem eben erst das Wort entzogen war, wieder von Neuem dasselbe erteilen wollte, was allgemeine mitleidige Heiterkeit hervorrief. Schließlich ermannete sich der Referent, Herr Generalsekretär Mauch aus Berlin, und legte in seinem Schlusswort, daß er allerdings gegen die entschiedenen Arbeiter-Coalitionen nichts einwenden könnte, und darin müßte er dem socialdemokratischen Vorredner Recht geben, dagegen halte er für das Beste, daß die Arbeiter sich zu den als den 4. Stand betrachteten und den höheren Ständen die gebührende Hochachtung zollen müßten, was nach der Rede des socialdemokratischen Vorredners, der den Arbeiterstand als den bedeutendsten und nützlichsten und darum auch ersten Stand verteidigt hatte, sich geradezu komisch ausnahm und mit allgemeinem mitleidigem Kopfschütteln aufgenommen wurde. So traurig sind die Verhältnisse in den Gewerkschaften, daß die Mitglieder gänzlich entmuthigt sind und nicht einmal wagen, in Versammlungen zu erscheinen. Als in unserer Metallarbeiter-Versammlung Genosse Schütz die etwa anwendenden Gegner wiederholt und dringend aufforderte, in die Discussion einzutreten, ergab sich, daß kein Gegner anwesend war. Dadurch haben die Gewerkschaften sich ein gerechtes Ansehen ausgestellt, und so sehr wir dieselben auch als Feiglinge verachten müßten, es ist unmöglich, wir können sie nur ihrer Hilflosigkeit wegen bemitleiden.

Ost- und Westpreußen.

Aus dem Wahlkreise Marienwerder-Stuhm. Am 15. d. Mts. wollte in Gr. Nebran Major a. D. v. Dieckau eine Wahlrede halten. Es war eine zahlreiche Zuhörerschaft erschienen. Da jedoch der Einberufer eine Bureauwahl verhinderte, verließen fast alle Anwesenden — bis auf wenige Personen — das Local, Herr v. Dieckau hielt alsdann keine Rede vor den wenig Zurückgebliebenen. Die übrigen hielten in einem anderen Saale eine Sitzung ab und erklärten sich für den bisherigen Vertreter Polizeidirector Bessel. — Am 16. leitete der Candidat der Freiwiligen, Amtsrath Kothler, einer Einladung des liberalen Wahlcomitees in Marienwerder behufs Theilnahme an einer Sitzung Folge. Im Laufe der Sitzung wurde er angegangen, von seiner Candidatur zum Reichstage Abstand zu nehmen. Herr Kothler erklärte jedoch auf das Bestimmteste, sein Zurücktreten in keiner Weise verantworten zu können, denn die für sein Candidatur im Stuhmer Kreise bestehende Stimmung berechtige ihn zu den besten Ansichten.

Hammerstein (Westpr.) Pfäffliche Bornirtheit. Der hiesige evangelische Kirchenrath hat sich mit Genehmigung der kirchlichen Behörde „in Anbetracht der zunehmenden Unzuchtlichkeit in unserem Orte“ zu folgenden Maßregeln veranlaßt gesehen. Die „einmal gefallenen“ Bräute dürfen zur kirchlichen Trauung weder Schleier noch Kranz tragen; den gealtert noch die Regel gespielt. Die unehelich geborenen Kinder werden, wenn mehrere Täuflinge zu gleicher Zeit zur Taufe getragen werden, zuletzt getauft, auch müssen die Mütter persönlich bei dem Geistlichen die Taufe nachsuchen. Stirbt ein uneheliches Kind vor der Taufe, so wird es ohne kirchliche Ehren begraben; es folgt bei der Beerdigung weder der Geistliche, noch werden die Glocken geläutet. — Angesichts solcher Maßregeln werden sich voraussichtlich die kirchlich Abzusprechenden mehr und mehr daran erinnern, daß eine bürgerlich gültige Eheschließung auch ohne den liebreichen Anspruch des Geistlichen, vor dem Standesamt, abgeschlossen werden kann, sowie daß das Standesamt auch Geburtsregister führt, die als Beurkundungen des Personenstandes in rechtlicher Beziehung den von den Geistlichen ausgestellten Taufschreinen vollkommen gleichwerthig sind. Gegen die Träutigkeit, die vor der Eheschließung anderweit gesündigt haben — das soll nämlich vorkommen — scheinen kirchliche „Zuchtmittel“ der geschilderten Art, deren erzieherischer Werth bekanntlich stark bestritten ist, nicht in Anwendung gebracht werden zu sollen. Wahrscheinlich, weil sich der Beweis der Verschuldung nicht

so leicht führen läßt, wie bei den armen Mädchen, die ihrem Verführer ein allzu weiges Ohr geliehen haben.

Vereine u. Versammlungen.

Socialistischer Arbeiterverein für Breslau-Land. Am 15. d. Mts. hielt der socialistische Arbeiterverein für den Landkreis Breslau im Vereinslocal des Herrn Gutschmann zu Böpelwitz seine Mitglieder-Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Vorlesung der letzten 4 Gebote aus: „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“, welcher Aufgabe sich Genosse Auster unterzog und dieselben zu Gehör brachte. In der darauf folgenden Discussion erläuterte der Vorsitzende so recht die heutigen Verhältnisse. Er führte aus, daß gerade die heutige herrschende Gesellschaft das trifft, wovon die letzten 4 Gebote handeln, obgleich sie sich sonst immer als Moralprediger dem Arbeiter gegenüber aufspielt. An der weiteren Discussion theilnehmten sich noch die Genossen Vogel, Bagalla und Auster. Es wurden auch unter Anderem die Tätigungen, die sich ein hiesiger katholischer Pater an seinen Schülern in feineswegs ihm zustehender Weise erlaubt, scharf getadelt. Bei Punkt Anträge und Beschließungen stellte Genosse Wulke einen Antrag, welcher eine Aenderung in den hiesigen schlechten Colportage-Verhältnissen herbeiführen sollte. Vom Verein wurde in Folge dessen beschlossen, einen anderen Colporteur zu wählen und wurde Genosse Sandermann zum Nachfolger bestimmt. Es erfolgte hierauf die Aufnahme einiger neuer Mitglieder und darauf der Schluß der Versammlung um 12 Uhr.

Mitglieder-Versammlung des Breslauer Consum-Vereins. Am 18. d. Mts, Abends 8 Uhr, fand im Glas-Salon des Pariser Gartens eine Versammlung statt von Mitgliedern des Breslauer Consum-Vereins mit der Tagesordnung:

1. Infrastreten des am 1. Januar 1893 in Kraft tretenden neuen Statuts, welches die Rechte der Mitglieder wiederum verkürzt und Stellungnahme dazu.
 2. Verfolgt die Opposition politische Zwecke oder geht dieselbe von einer politischen Partei aus?
- Zu letzterem Punkte der Tagesordnung wurde das Verwaltungsraths-Mitglied Herr Köditz auf dem Plakat an den Anschlagtafel, sowie auch brieflich eingeladen, seine laut Plakat veräußerten Behauptungen über die Opposition zu beweisen. Die Mitglieder im Allgemeinen wurden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß diese Versammlung ihnen die einzige Gelegenheit bietet, ihre Meinungen und Wünsche zu äußern.

Nach Eröffnung der Versammlung wurde Herr Büchner zum ersten Vorsitzenden, Herr May zu dessen Stellvertreter und Herr Kiyler als Schriftführer gewählt. Herr Heinemann nimmt hierauf das Wort zum ersten Punkte der Tagesordnung. Derselbe führt aus, daß die Versammlung einberufen sei von einigen Abgeordneten, die es für ihre Pflicht erachten, Bericht zu erstatten und besprach hierauf zunächst die Rechtsbeschränkungen der Mitglieder durch das am 26. September abgeänderte und am 1. Januar 1893 in Kraft tretende Statut. Nach demselben würde Stimm- und Wahlberechtigung der Mitglieder von einem Guthaben von mindestens 30 Mk. abhängig gemacht, wodurch viele Tausende von Mitgliedern rechtlos gemacht sind. Zudem muß das Guthaben noch aus dem abgelaufenen Jahre sein. Wer im vorigen Jahre für 300 Mk. Waare aus dem Consum-Verein bezogen, hat bei 10 pCt. Dividende 30 Mk. Guthaben. Wenn nicht, mußte man durch Zahlung diese 30 Mk. voll machen, um im darauf folgenden Jahre wahlberechtigt zu sein. — Die meisten der Mitglieder sind aber genöthigt, ihr Guthaben am Jahresabschluss abzuhängen, weshalb sie zu diesem Zweck ausweichen, um bald darauf wieder einzutreten. Diese Mitglieder, welche wohl die Mehrzahl im Verein ausmachen, haben dadurch niemals ein Wahlrecht und das sei ein großes Unrecht. Das solidarische Gefühl müsse es fordern, daß die Mitglieder gleichberechtigt sind. In der letzten Generalversammlung sei deshalb nur durch die Stimmen der Direction und des Verwaltungsrathes eine Majorität für die Berathung des Statuten-Entwurfs zu Stande gekommen und Herr Stadtrath Kießliche sagt: „Wer nicht will mit thaten, der darf auch nicht mit rathen.“ Auf diesem Standpunkte steht nun der Breslauer Consum-Verein, denn Tausende sind rechtlos gemacht, weil sie keine 30 Mk. Guthaben stehen lassen können. — Solche Rechtsungleichheit muß eine Opposition auf jeden Fall hervorrufen. Diese Opposition aber als eine socialdemokratische zu bezeichnen, sei auf schriftlich zu tadeln, denn wäre sie es, dann wären statt 22 wohl mindestens 122 Abgeordnete aus der Wahl hervorgegangen. Auf die Anfrage einzelner Mitglieder, wie diesem abzuwehren sei, erwiderte der Vorsitzende: Das eine Besserung dieser üblen Verhältnisse nur durch Aenderung des Statuts möglich sei, zu diesem Zweck aber Zweidrittel-Majorität gehören. Die Beamten und die Verwaltungsrathsmitglieder majorisiren die Versammlung. Seitens der Opposition wurde z. B. der Antrag gestellt, protocollarisch zu verzeichnen, wie oft ein Abgeordneter die Sitzungen besucht. Dieser Antrag wurde abgelehnt; dafür aber ein Antrag angenommen, daß ein Mitglied 3 Jahre im Verein sein muß, um als Abgeordneter gewählt zu werden. — Trotz alledem wurden Fälle constatirt, daß Abgeordnete gewählt worden, die nicht einmal Mitglied waren. Anfrage an die Verwaltung sei unbeantwortet geblieben. — Das Ausschneiden der Mitglieder kann bei Entnahme der Dividende am Jahresabschluss dadurch vermieden werden, daß die Mitglieder mindestens ihr Einschreibegeld stehen lassen, damit sie nicht von Jahr zu Jahr eine Schädigung erfahren zu Gunsten derer, die ihr Guthaben stehen lassen können. Die Verjüngung eines Guthabens findet erst vom nächsten Quartal ab, statt und die Vorstandswahlen im April, welche Zusammenlegung dabei zu Stande kommt, davon haben die Mitglieder jetzt erfahren. Redner giebt außerdem der Direction die Schuld, daß das Deficit des Lagerhalters auf der Neuborsstraße von 3000 Mark auf 5000 Mark steigen konnte, weil derselbe nicht sofort seines Postens enthoben, ja sogar nachträglich noch flüchtig werden konnte.

Herr Kaufmann Streckenbach befragt sich, daß die Einwandmacher zu wenig kaufmännisch sind. Zur Feststellung dieses Manco's gehören mindestens 3 Tage und bemerkt außerdem, daß das gerichtliche Verfahren gegen den Lagerhalter eingestellt worden. Welche Mittheilung große Unruhe in der Versammlung hervorrief.

Herr Bergmann erwähnt, daß man dem Publikum gesagt, die Opposition sei eine socialdemokratische und behauptet, daß er damals durch Wortentzweiung mundtot gemacht worden, um dies widerlegen zu können. Die sogenannten „50 Fr.-Mitglieder“ haben den Consumverein groß gemacht. Reiche Leute zahlen ihr Guthaben ein und lassen sich dasselbe gut verzinsen. Die Direction habe sich von den Lagerhalter Vorklären für die Candidatenliste machen lassen, aus welcher die erforderlichen Auszüge gemacht und darnach die Stimmzettel gedruckt worden. Nach dem neuen Statut soll bei Liquidation der Ueberfluß nach Höhe der Guthaben nach dem alten nach gleichen Theilen verteilt werden. — Die Erhöhung des Reservefonds und die Neugewerungen eines Directionsmittgliedes betreffs Umänderung des Vereins in eine Actiengesellschaft lassen Hintergedanken errathen. Gegen die Direction und die Wahrheit sagen will, wird niedergeschrieben. Er (Redner) sei damals für 10 Mk. Guthaben zur Eringung der Mitgliedsrechte eingetreten.

Herr Schauborn wünscht zu wissen, was die Mitglieder dann überhaupt noch für Rechte und Pflichten haben. Dies wird ihm vom Vorsitzenden dahin erklärt: Nach § 21 sind die Mitglieder berechtigt, nach Maßgabe des Statuts Abgeordnete zu wählen und Waaren zu kaufen. Letzteres wird ihnen jedoch im § 22 zur Pflicht gemacht, sodas die Hälfte der Mitglieder also gar keine Rechte haben. — Kaufmann Streckenbach erklärt: Der Verein habe den Zweck den Mitgliedern billige Lebensmittel zu schaffen. Die Statuten aber müßten abgeändert werden, da aus einem Aufruf in der „Volkswacht“ ersichtlich war, das die Vereinsmittel zu socialdemokratischen Zwecken Verwendung finden sollten. Herr Piepel ist der Ansicht, das die Direction sich dies nur zum Vorwand genommen, um zugleich durch Verstärkung des Statuts gegen die Opposition geschützt zu sein. Sie hat aber grade dadurch die Opposition vergrößert. Jeder rechtlich denkende Mensch muß nun dafür eintreten, das die Bestimmungen des Statuts, wodurch die Mitglieder rechtlos gemacht würden, abgeändert würden. — Der Breslauer Consumverein zahlt 10 Procent Dividende, die Provinz nicht, auch verkaufe derselbe theurer als die Provinz, trotzdem er einen größeren Umsatz hat. Wir wollen lieber billigere Waare als hohe Dividende weil diese nur den Reichen zu Gute kommen. Herr Streckenbach ist der Ansicht, das jeder, dem der Verein nicht passe, einfach auscheiden könne. — Welche Neuerung zu großem Widerpruch Anlaß gab. — Bergmann findet das Benehmen von Streckenbach erklärlich, weil derselbe der Direction nahe steht. Wenn Streckenbach von einer socialdemokratischen Opposition rede, so ist es doch mindestens sonderbar, das der Aufruf, welcher damals im guten Glauben von der „Volkswacht“ aufgenommen wurde, anonyam und nicht von Socialdemokraten ausgegangen war. Herr Köppen verlangt ebenfalls die Beweise dafür, denn die Socialdemokraten fallen nicht mit der Thür ins Haus, dazu wären sie zu schlau.

Der Vorsitzende bemerkt, das die Mitglieder zum größten Theil nicht stimmberechtigt und deshalb nicht vertreten sind. Soll es anders werden, so bleibe nur der eine Weg, das sich jeder sein Guthaben auf 30 Mark bringe, zur Wahl ercheine und den richtigen Vertreter wähle; jetzt seien nur die Herren von der Verwaltung vertreten und machen sich das Statut, wie sie es brauchen.

Herr Rosentreter fragt an: Wer auf den Plakaten an den Anschlagtafeln die Tagesordnung überklebt habe. Verschiedene aus der Versammlung constatiren, das sie die Tagesordnung mit einem gleichfarbigen Streifen überklebt gefunden und der Vorsitzende fügt hinzu, das er selbst einige solcher Streifen entfernt und diese Angelegenheit an zuständiger Stelle zur Anzeige gebracht habe. — Hierauf wurde folgende Resolution angenommen:

„De am 18. November 1892 im „Pariser Garten“ Alle Taschenfrage Nr. 10 tagende Versammlung von Consumvereinsmitgliedern erblickt in den vom Verwaltungsrath beantragten und von der General-Versammlung vom 26. September 1892 genehmigten Statutenänderungen, weil diese größtentheils die Mitgliederrechte verkürzt und eine durch die gegenwärtige Lage des Vereins durchaus nicht erforderliche Erhöhung der Mitgliedschaft bezwecken, eine schwere Schädigung der Vereinsinteressen und ein Hindernis für die friedliche und geistliche Weiterentwicklung des Vereins. Die Versammlung spricht deshalb denjenigen Abgeordneten, welche für diese Neuerungen gestimmt haben, ihre tiefste Mißbilligung aus und macht es ferner jedem wahren Freunde des Vereins zur Ehrenpflicht, an der baldmöglichsten Beseitigung der betreffenden rigorosen Bestimmungen nach Kräften mitzuwirken.“

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: In die Opposition auf eine politische Partei zurückzuführen? referirt nunmehr der Vorsitzende Herr Büchner. Anknüpfend an das bereits im ersten Punkt der Tagesordnung gesagte, verliest derselbe zunächst ein Schreiben, welches am Tage vor der Generalversammlung an alle vermeintlichen Freunde des Verwaltungsraths ergangen und in welchem unter Hinweis auf den Artikel in der „Volkswacht“ Stimmung für die Vorschläge des Verwaltungsraths gemacht werden. Dieses Schreiben war von Herrn Köhly unterzeichnet. Von Herrn Köhly kommt außerdem ein Brief zur Verlesung, worin er sagt, er könne in der heutigen Versammlung nicht erscheinen, da er nur dem Verwaltungsrath Rechenschaft schuldig sei. (Aha!)

Herr Büchner bemerkt hierzu, das Herr Köhly seine Behauptungen, die Opposition sei eine socialdemokratische, durch nichts beweisen kann. Die Entstehung des Artikels in der „Volkswacht“ ist noch nicht aufgeklärt. — Eigenthümlich und bestreulich ist, das derselbe zu so ungelegener Zeit erschien, wie sie nicht im Sinne der Socialdemokraten, oder der Opposition lag, ebenso, das die Einberufung der Versammlung in der Köhly'schen Brauerei nur durch den „Breslauer General-Anzeiger“ geschah und das beantragt wurde, des „Bresl. General-Anz.“ als Publikationsorgan zu benutzen, was jedenfalls auch nicht im Sinne der Socialdemokraten gelegen haben kann. Auch befanden sich eine große Anzahl hervorragende behördliche Beamte in der Opposition, die man jedenfalls dadurch, das man sie als Socialdemokraten bezeichnete, von der Befolgung ihres Rechts verjagen wollte. Die Opposition beschränkt sich nur auf wirtschaftliche Verbesserungen im Verein, in ihren Versamm-

lungen war weder von Politik die Rede, noch habe man jemand nach seinem Glaubensbekenntnis gefragt.

Herr Pletsch erklärt, der Artikel in der „Volkswacht“ könne nur ein gemeines Nachwerk irgend eines Mitgliedes der Verwaltung sein und habe nur den Zweck, die vielen Beamten, welche sich der Opposition angeschlossen, von dieser zu verdrängen. Herr Köhly kann seine Behauptungen nicht beweisen. — Die Opposition war dadurch noch keine socialdemokratische, das sie auch Socialdemokraten derselben angeschlossen, das die Opposition keine geschlossene oder parteiliche war, beweist auch die Vorklärenliste. Herr Köhly benutzte diesen Artikel in der „Volkswacht“, um die Anträge des Verwaltungsraths durchzuführen, indem er die Mitglieder vor den Socialdemokraten grüßlich machte. Herr Bergmann fügt dem hinzu, das es Herr Köhly als eine Unverschämtheit bezeichnen hat, den Mitgliedern die Wahrheit zu sagen, Herr Köhly sei Verwaltungsrath des Vereins zur Beschaffung billiger Lebensmittel und nebenbei ein Provertheurer durch seine Abstimmung über die Beiratsbezüge. Dauerlich sei es nur, das Herr Köhly nicht zur Stelle sei, das sich besser mit ihm reden ließe.

Folgende Resolution gelangt hierauf zur Annahme: „Die Versammlung erklärt die politischen Verdächtigungen der Opposition von Seiten des Herrn Köhly als unerwiesen, erfunden und unberechtigt und hat nur den unlauteren Zweck, die Opposition zu verächtigen und die Abstimmung der Abgeordneten von vornherein zu beeinflussen. Die Versammlung verurtheilt auf das Entschiedenste, das irgendwelche politischen Parteirichtung in den Verein hineingezogen wird; wünscht vielmehr, das der Verein auch in Zukunft stets auf das strengste, seinen unparteilichen Charakter wahre.“

Herr Köppen richtet die Mahnung an die Vertreter der Presse, durch wahrheitsgetreue Berichte die Meinungen zu klären. Der Vorsitzende schließt hierauf um 11 1/2 Uhr die Versammlung.

Socialdemokratischer Parteitag.

Berlin, den 19. November 1892.
(Fünfter Verhandlungstag.)
Nachmittags-Sitzung.

Ein Antrag GERMANN'S-RATH' vom „in Anbetracht der großen Wichtigkeit und des allgemeinen Interesses der neuen Militär-Vorlage ein Flugblatt über den Militarismus auf Kosten der Partei herzugeben und in allen Wahlkreisen zu verbreiten“ wird angenommen.

Eine längere Debatte ruft die von den Genossen in Solingen beantragte Resolution hervor, welche folgenden Wortlaut hat:

„Der Parteitag 1892 hat mit größtem Unwillen davon Kenntnis genommen, das die Beschlüsse des Halle'schen Parteitages, wonach Reclamen und Lotterie-Anzeigen die Spalten der socialdemokratischen Parteipresse verdrängen sollen, von Parteiblättern, namentlich dem „Vorwärts“ und dem „Hamburger Echo“ in größlicher Weise verächtet werden. Desgleichen mißbilligt der Parteitag, das die „Mainzer Volkszeitung“ die von dem Commandanten und dem Oberbürgermeister von Mainz unterzeichnete Aufforderung zu einem Kaiser-Geburtsstags-Festessen in ihrem Inerathenthelle veröffentlicht. Der Parteitag verlangt ausdrücklich, das sowohl die Lotterie-Anzeigen wie die Veröffentlichung von Gewinnlisten, ferner Reclamen und Heirathsgeheuche in den Parteipresse keine Stätte finden und erwartet überhaupt, das die Parteipresse eine passendere, würdigere Haltung beobachtet.“

Der erste Theil der Resolution wird vielfach für un begründet erklärt, während der zweite Theil für begründet erklärt wurde. Die Abstimmung erfolgt getrennt. Der erste Theil der Resolution wurde abgelehnt, der zweite Theil aber angenommen. Heiterkeit und Entrüstung erregt ein Bericht über den Parteitag, den der Abgeordnete August Heineke in der „Halberstädter Sonntagszeitung“ geschrieben hat. Auer und Fischer wurden als hanebüchene Grobheide, Hebel und Liebknecht werden darin in gütlicher Weise bemittelt.

Schumann-Vielefeld erhebt den Parteitag, seinen Tadel über diesen Bericht auszusprechen. Der Parteitag geht jedoch über den Antrag Schumann zur Tagesordnung über.

Der Parteitag schreibt zur Wahl der Parteileitung. Es wird beschlossen, das die Parteileitung wie bisher in Berlin verbleibt.

Dr. Hebel erklärt hat, den Kaiser-Posten nicht weiter führen zu können; er ist deshalb als Vorsitzender vorge schlagen worden. An seiner Statt soll Gerisch als Kassierer mit Gehalt gewählt werden und nebenbei die Verwaltung des Parteiarchivs übernehmen. Es sind zu wählen zwei Vorsitzende, zwei Parteisekretäre, ein Kassierer und sieben Controlleure. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel, welche von einer hierzu gewählten Commission eingesammelt werden. Das Resultat der Wahl wird erst Montag bekannt gegeben werden. Es wird die Berathung der eingebrachten Anträge fortgesetzt. Ein Antrag WARTMANN-FRIEDBERG'S lautet in dem „Vorwärts“ wegen seiner Haltung zu dem Februarfraktionen und mißbilligt besonders den für die Auftrüber gebrauchten Ausdruck „Lumpenproletariat“. WARTMANN begründete seinen Antrag damit, das man die Leute, wenn sie auch moralisch unter uns ständen, doch als Producte der heutigen Gesellschaft betrachten, und sie nicht derartig beschimpfen, sie gehörten doch schließlich auch zu den Proletariern, wenn man sich mit ihnen auch nicht befreundet brauche.

LIEBKNECHT erwidert, die Form des genannten Artikels würde vielleicht etwas anders ausgefallen sein, wenn er damals in Berlin gewesen wäre. Der Sinn des Artikels sei aber vollkommen richtig gewesen. Der Ausdruck „Lumpenproletariat“ rühre von Karl Marx her, der es im Gegensatz zu dem revolutionären Proletariat stellte. Bei den Krawallen seien revolutionäre Proletarier nicht betheiligt gewesen. Der Lumpenproletarier sehe sich aus Verbrechern der verschiedensten Arten zusammen, diese Leute greifen in die Tasche des anderen ohne dem Eigenthum den Krieg zu erklären. Ein Proletarier, der ehrlich, ich meine das im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft, sein Brot verdient und seiner Arbeit nachgeht, wirft kein Fenster ein, riecht nicht, diese Leute, welche hier bei den Februarfraktionen mitgehau haben, verdienen den Ausdruck Lumpenproletariat in noch schlimmerem Sinne, als ihn Marx

gebraucht hat. Es sei ihm aus sicherer Quelle bekannt, das es hier in Berlin Leute gegeben habe, die es zu ein in Büsche provoziren wollten. Dazu läßt sich ein vernünftiger Proletarier nicht gebrauchen. (Geschäfter Beifall auch bei dem zugehörigen Publikum.)

Die Frauen und Mädchen von Mannheim beantragen: 1. Das seitens der socialdemokratischen Partei eine reale Aktion entfaltet werde zum Zweck der Einbeziehung der Proletarierinnen in die gewerkschaftlichen und, wo dies möglich, politischen Organisationen der Arbeiter und ihrer bewußten, zielklaren Betheiligung an dem Befreiungskampf ihrer Klasse.

2. Das die socialdemokratische Partei kräftig dafür agitire, und das die socialdemokratische Reichstagsfraction dafür eintrete, das den Arbeiterinnen der freie, unbeschränkte Gebrauch des Vereins- und Coalitionsrechtes gewährleistet werde;

3. Das von der socialdemokratischen Partei in den Zeiten der Wahltagitation Versammlungen veranstaltet werden mit dem Doppelpweck, gegen die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechtes zu protestiren und Aufklärung über politische Fragen in die Reihen der Proletarierinnen zu tragen.

Klara Zetkin-Stuttgart befürwortet den Antrag in längeren Ausführungen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen werden. Der Antrag der Frauen in Mannheim wird einstimmig angenommen.

Die heutige Nachmittags-Sitzung wird darauf geschlossen. Nächste Sitzung ist Montag früh.

Berlin, den 19. November 1892.

Abend-Sitzung.

Die heutige Abend-Sitzung eröffnete der Präsident Singer um 8 1/2 Uhr.

Der Parteitag trat sofort in die Discussion über das Genossenschaftswesen, den Boykott und die Controll-Markte ein.

Augustin-Berlin gab dem Referenten Auer Recht, das nur eine Gewerkschaft mit starker Organisation die Controllmarke anwenden könne. Andererseits aber könne die Marke gerade dann zur Anwendung kommen, wenn ein Streik unmöglich sei, z. B. in der Zeit wirtschaftlicher Krisen, in der man sonst kein Kampfmittel gegen das Unternehmertum und den Capitalismus habe. In gewissen Gewerken sei sie im Stande, den Streik aus der Welt zu schaffen.

Vorgmann-Berlin wundert sich, das in dieser Frage der ganze Parteiapparat in Bewegung gesetzt werde. So lange die Controllmarke angewandt werde, seien noch keine Schäden hervorgereten, die das notwendig erscheinen ließen. Das System lenke die Arbeiter nicht von der politischen Bewegung ab, sondern ziehe gerade an; das beweise die Gutmacher-Genossenschaft.

Schweer-Hamburg beantwortet die Frage, ob die Genossenschaften für die allgemeine Bewegung Werth haben, mit „Nein!“ Sie entzögen der politischen Bewegung viele und gute Agitatoren.

Meyer-Hamburg erklärt Namens seiner Auftragegeber, das die Partei mit dem Genossenschaftswesen und der Controllmarke nichts zu thun habe. Die Hamburger Genossen hätten sich daran gründlich den Blagen verdoeben. Die Parteifasse dürfe nicht zur Unterstützungskasse für nothleidende Genossen- und Gewerkschaften gemacht werden.

Vegien-Hamburg: Die Frage beständige deshalb den Parteitag, weil man nach dem Erlöschen des Socialisten-Gesetzes die gewerkschaftliche Organisation für überflüssig halte, besonders aber, weil die Partei sich mehr und mehr auch auf kleine Gewerbebetriebe ausdehne, deren Inhaber unter dem Druck der Gewerkschaften mit litten. Da bei diesen im Tageskampfe das persönliche Interesse doch immer noch im Vordergrund stehe, so mache sich eine starke Strömung gegen das Genossen- und Gewerkschaftswesen geltend. Aus diesem Grunde werde die Partei daher endlich erklären müssen, ob die Gewerkschafts-Organisation nöthig sei oder nicht. Hätte man sie für nöthig, so müsse man sie auch stärken, schon um Mißständen in der Anwendung ihrer Kampfmittel vorzubeugen. Grünwaldt-Hamburg bekämpft die Genossenschaften von verschiedenen Gesichtspunkten, sie seien nicht einmal ein notwendiges Attribut der Gewerkschaften. Mit den Opfern, die man für sie bringe, könnte man die gemäßigteren Arbeiter anderweitig viel besser unterbringen. Garantien, wie die Auer'sche Resolution sie verlange, könnten garnicht geleistet werden. Redner ist daher gegen diesen Theil der Resolution. Schmalfeldt-Bremershaven meint, das man die Genossenschaften doch zu schwarz male. Mit Genossenschaften, die auf einen großen wirtschaftlichen Gewinn speculirten, könne er sich allerdings auch nicht befreunden, bei wirtschaftlichen Krisen aber könnten sonst die Genossenschaften doch gute Dienste leisten. So dürfe man die Genossenschaften jedenfalls nicht bekämpfen, das man sage, sie lieferten keine besseren Waaren und zahlten keine höheren Löhne. Uebrigens sei die ganze Debatte schon deshalb überflüssig, weil ein Beschluß des Parteitages weder nach der einen noch nach der anderen Seite an dem Genossenschaftswesen, dem Boykott oder der Controllmarke etwas ändern werde. So leid ihm das thue, aber die Gewerkschaften würden sich um eine Resolution des Parteitages nicht kümmern. Man solle es daher vermeiden, durch scharfe Resolutionen die Gegensätze zu verschärfen. Theiß-Hamburg glaubt, das die Prosperität der Genossenschaften schon an dem Geldmangel scheitern müssen, und theilt die Ansicht, das sie der politischen Bewegung die besten Kräfte entziehen. Dagegen möge der Parteivorstand doch einmal klipp und klar erklären, das es Pflicht jedes Parteigenossen sei, sich der gewerkschaftlichen Bewegung anzuschließen. Auer scheine ein verkapoter Gegner derselben zu sein, und nicht er allein stehe ihr unfreundlich gegenüber. Man sei aber zu schlau, um sich deshalb fassen zu lassen. Schmidt-Friedberg führt aus, das häufig für die Gewerkschaften aus verkehrten Quellen Geld verwendet werde, z. B. aus den Krankenkassen, die dann in Zeiten schwerer Krankheiten nicht genügend helfen könnten. Comke-Vielefeld steht auf dem Standpunkte der Auer'schen Resolution. Aber die Auffassung sei doch falsch, das die Gewerkschaften ganz außerhalb der Partei ständen; sie ständen vielmehr nur außerhalb der Parteioorganisation, und zwar nicht aus princippiellen, sondern aus vereinsgesetzlichen Gründen. Die Gewerkschaften seien ebenfalls ein thätiges Glied in der allgemeinen Arbeiter-

Bewegung und deshalb zu fördern. Sie aus der Parteikasse zu unterstützen, sehe aus praktischen Gründen nicht, principiell könne man nichts dagegen haben, da ja auch die Gewerkschaften Nebenbeschäftigte von Vergütungen etc. an die Parteikasse abgeben.

Hierauf wurde ein Schlufantrag angenommen. Auer wendet sich im Schlufwort zunächst gegen Augustin, dessen Ausführungen schärfer in der Form als gewöhnlich in den Gründen gewesen seien. In Unternehmerrreisen scheine man mit dem Erfolg der Streits durch die Kontrollmarke sehr einverstanden zu sein. Der „Geschäfts-freund“ beziehe die Kontrollmarke als ein erlaubtes Kampfmittel der Selbsthilfe, das geeignet sei, aus politischen Revolutionären wieder wirtschaftliche Interessenten zu machen. Sich gegen das Genossenschaftswesen schlanke Weg zu erklären, sei ein unrichtiger Standpunkt. Auf der anderen Seite aber sei man schon so weit entgegengekommen, als es überhaupt möglich sei. Die Annahme, daß in leitenden und anderen Parteiführern eine Abneigung gegen die Gewerkschaftsbewegung bestehe, sei absolut falsch. Eine bewußte Gegenströmung sei in der Partei seit 20 Jahren nicht mehr vorhanden. Die Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaften veranlassen viele Arbeiterkreise dieser Bewegung fernzubleiben. Begrabe man die Streitigkeiten, so werde man sich bald überzeugen, daß die vermutete Gegenströmung nicht bestehe. Die Frage der Centralisation oder Localorganisation sei nun trennend, daß man sich nicht einigen könnte, wenn man es wollte (Beifall) daß die Arbeiter sich gewerkschaftlich organisieren sollen, habe schon der Parteitag in Halle ausgesprochen, die Organisationsfrage dürfe hier nicht hineingetragen werden, wie die Regensburger Resolution es wolle. Zu der Abstimmung lehnt der Parteitag alle Aenderungs- und Zusatzanträge ab und nimmt alsdann die Auer'sche Resolution in ihren einzelnen Theilen im Ganzen mit großer Mehrheit an. Schluf der Sitzung 11 1/2 Uhr

Berlin, den 21. November 1892.

(Sechster Verhandlungstag.)

(Vormittags-Sitzung.)

Singer eröffnet die Vormittags-Sitzung mit der Begrüßung eines von den Parteigenossen in Prag eingegangenen Begrüßungsschreibens, in welchem infolge der Nichtstimmung über den Beschluß des Parteitages, betreffend Nichtüberlassens der Arbeit am 1. Mai, Ausdruck verliehen wird.

Einem Antrag: Emma-Saarbrücken entsprechend, wird der zukünftige Parteikassier mit der Ordnung und Verwaltung des Partei-Archivs beauftragt. Der Parteitag bewilligt auch für das nächste Jahr den Mitgliedern des Parteivorstandes die bisherigen Gehälter, nur dem Parteikassier wird mit Rücksicht auf die ihm durch das Partei-Archiv ermachtesten Mehrarbeiten eine Zulage gewährt.

Das inzwischen festgestellte Resultat der Neuwahl des Parteivorstandes ist folgendes: Babel und Singer sind mit je 217 Stimmen zu Vorsitzenden gewählt worden, Auer und Fischer mit 217 resp. 182 Stimmen zu Secretären, Stadtdagen hat 23 Stimmen erhalten. — Gerich ist mit 203 Stimmen zum Parteikassier gewählt worden. Zu Controlleuren sind gewählt: Kaden-Dresden, Meißner Hannover, Oswald-Brandenburg, Herbert-Stein, Duerer-Hamburg, Jacoby-Berlin, G. Schulz-Berlin.

Von Neuem wird der Antrag eingebracht, der Parteitag solle das Gehalt des Secretärs des „Vorwärts“ festsetzen; doch lehnt der Parteitag die Berathung dieses Antrages ab.

Bei der Berathung über den Ort, wo der nächstjährige Parteitag stattfinden soll, werden Köln, Halberstadt, Stuttgart und Leipzig vorgeschlagen — Köln mit Rücksicht auf die Bekämpfung des Centrums, dem 27 von den 35 Wahlkreisen der Rheinprovinz gehören. Gegenüber der Abhaltung des Parteitages in Leipzig wird auf die Gefahr der rigorosen Hantirung des sächsischen Versammlungsrechts hingewiesen. Es wird endlich mit großer Majorität Köln als Ort für den nächstjährigen Parteitag gewählt.

Unter den Delegierten herrscht einige Aufregung über die soeben erfolgte plötzliche Verhaftung des Delegirten Hackel-Sagan, der von Criminal-Beamten aus dem Spungssaale gerufen und — auf Acquisition der Saganer Staatsanwaltschaft — wegen Verdachts des Meineids — ob in einem politischen oder sonstigen Proceß, ist unbekannt — verhaftet abgeführt wird.

Es wird mit der Berathung der aus den Kreisen der Parteigenossen gestellten Anträge verschiedenen Inhalts. — Agitation, namentlich die Agitation betreffend — fortzuführen. Die Anträge werden meistens abgelehnt, zum Theil in Laufe der Debatte zurückgezogen. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Rothschild und seine Majoliken. (Majoliken sind kostbare bunte Gefäße aus Halporzellan, die besonders im 15. und 16. Jahrhundert äußerst kunstvoll angefertigt wurden und heute einen enormen Preis haben.) Rothschild berichtet über ergüzt vielmehr in einem Gespräch mit einem Reporter des „Bier-Tageblatts“ seine Weisheit über die sociale Frage. Man muß wirklich schon sehr viele Millionen besitzen, um es zu einer so selbstgenügsamen Dummheit zu bringen, wie der Pariser Geldfürst. Er zeigte dem Reporter eine trisage Reise-tasche aus schwarzem Leder und sagte: „In dieser Tasche befinden sich einige Millionen in unweifelhaften Noten. In dem Augenblicke, in welchem eine localistische Bewegung in Paris ausbrechen sollte, ziehe ich einen Paleot an, nehme Hut und Stock und die Tasche hier, gehe zu Fuß zum Bahnhof St. Lazare, wor wo mich der Zug in wenigen Stunden zur

Küste fährt, und begeben mich dann nach England. Die ganze Welt wird doch nicht gleichzeitig zu brennen anfangen! Für den nächsten Bedarf sorgt die Tasche, das weitere wird sich schon finden, denn schließlich bringt die Ordnung und die Ruhe doch durch.“ Seufzend aber zeigte er auf seine Majoliken-Sammlung, hob eine Schüssel hervor und sprach seine Befürchtung aus, daß sie beim „Umsturz“ zertrümmert werden könnte. „Millionen kann man wieder machen“, aber diese Schüssel kann man nicht wieder machen.“ Das Schönste ist, daß Rothschild gar nicht weiß, wach ein kluges Wort er gesprochen. Aus jedem Lumpen läßt sich ein Rothschild herstellen, aber taubende Rothschilds können auch nicht das Geringsste herstellen, was zur Nothwendigkeit oder zur Verschönerung des Lebens dient.

Aus der alten guten Zeit. Wie man in der alten guten Zeit den Geisteshungrigen des hilfebedürftigen Volkes zu stillen wußte, darüber belehren uns die herrlichen Dichtungen, welche die Gesellschaft für innere Mission ihren Frommen zumuthete. Ein Breslauer Tagesblatt schreibt am 10. Januar 1862:

Die „kernige Kost“ des rauhen Hauses. In den Schillingbüchern des rauhen Hauses (von Dr. Heinrich Müller, weiland Superintendent zu Roskod), welche durch 80 Zweig-Agenturen und durch Colportage unter das hilfebedürftige Volk verbreitet werden, befindet sich nachstehendes Lied:

Deine Wollust ist ein Gift,
Künstlich überzogen
Nur mit Zucker; wer sie trifft,
Wird durch sie betrogen.
Wer sie isst, muß mit Pein
In die Hölle fahren,
Trinken von dem Schwefelwein
Der verdammten Scharen.

O du blinde Menschenfeel,
Maachst du das noch lieben,
Was dich in der Höllen Höhl'
Ewig kann betrüben,
Und doch ist nichts als ein Rauch,
Als ein Dampf, ein Schemen? —
Auf verfluchter Liebe Brauch
Folgt verfluchtes Grämen

Fahr hin, Welt, mit deinem Dreck!
Du kannst mich nicht laben.
Jesus ist mein Liebeswort,
Wenn ich den mag haben,
Krag ich nichts nach aller Lust,
Die der Himmel hegt,
Alles ist nur Roth und Wust,
Was das Erdreich trägt.

Die Daborsche Schrift, welcher wir dies entnehmen, fragt: Sind das die Klassiker der inneren Mission? Wahrlich, es ist nicht zum Lachen, wenn man bedenkt, daß solches von einer Anstalt ausgeht, die seit Jahren für ihre Berichte in Preußen die Vergünstigung der Postfreiheit genießt, und die in diesem Gait jetzt ein zweites Haus unter den Mauern Berlins gründet. (1862!)

Und es ergänzt seinen Bericht am nächsten Tag mit folgendem Artikel:

Die „kernige Kost“ des rauhen Hauses. Die geüßern schon erwähnten „Schillingbücher“ enthalten ferner folgendes Lied:

Scheußt der Teufel Pfeile
In geschwinder Eile
Auf das Herz zu. —
Find' ich in den Klüften
Und blutrothen Gräften
Deiner Wunden Ruh'.
Wann mich gleich
Ein ganzes Reich
Voller Teufel würd' umringen
Will ich süßlich sinnen.

Kommen seine Schuppen
Mit vermehrten Truppen,
Bieten wieder Sturm;
Sprechen mit Belach'n:
Was will dieser machen,
Der arme Wurm!
Wirst du doch,
Das weiß ich noch,
Mich vor aller Feinde Stürmen
Jesus wohl beschirmen.

Tobt ihr Satansrotten,
Es ward euer spotten,
Der im Himmel sitzt.
Er wird euer Dichten
Ganz und gar vernichten,
Wenn ihr noch so schwitz!
Seid ihr gleich
So groß und reich
Als der große Alexander,
Stürzt er's mit einander.

Wahrhaftig! — Ein hilfebedürftiges Volk!

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 21. November.
Heiraths-Ankündigungen. II. Brauer Heinrich Stark, en., Klosterstraße 23, und Pauline Scholz, geb. Bieda, kath., Alsbürgerstraße 24. — Schlosser Gustav Schmahel, ev., Lemaldstraße 30a, und Maria Frey, ev., ebenda. — Bremser Ludwig Wertneit, evang., Nachodstraße 1, und Anna Urban,

kath., Ernststraße 4. — III. Klempner Georg Keller, kath., Vincenzstraße 5, und Auguste Speilka, evang., ebenda. — Arbeiter Paul Behner, ev., Heinrichstraße 10, und Juliane Dlugi, kath., ebenda. — Schneidermeister Anton Knuth, kath., Sternstraße 17, und Ernestine Harthel, evang., ebenda. — Schlosser Paul Sterniste, kath., Friedrich-Wilhelmstraße 30b, und Anna Waldmarshausen, ev., Matthiassstr. 19.

Geburten. I. Kaufmann Otto Stephan, ev., I. — Haushälter Heinrich Phippp, evang., S. — Kellner August Schneider, ev., S. — Schuhmachermeister Carl Fröhlich, ev., I. — Cigarren-Arbeiter Carl Meier, ev., I. — Zimmermann Franz Fröhmel, kath., I. — Tischler Paul Werner, kath., S. — Bäcker Ernst Klantke, ev., I. — Stellmacher Hermann Jähnel, ev., S. — Hilfsbetzer Bernhard Patolsch, kath., I. — Straßenbahn-Conducieur Heinrich Gaf, ev., I. — Hausdiener Friedrich Hein, kath., I. — II. Tischler Julius Buchmann, kath., S. — General-Agent Heinrich Hang, evang., I. — Mechaniker Carl Strauß, kath., S. — Schuhmacher Carl Borucki, kath., I. — Weichensteller Johann Suche, kath., S. — Zimmermann Robert Neumann, ev., I. — Bahnarbeiter August Förster, kath., I. — Secretär der Breslauer Baubank Wilhelm Köhrich, ev., I. — Lehrer Otto Sonnenkalb, ev., S. — Arbeiter Wilhelm Breuer, evang., I. — Schlosser Robert Bieneisler, ev., I. — Schuhmachermeister August Schlenker, ev., S. — Stellmacher Heinrich Spaniel, ev., I. — Königl. Major a. D. Richard von Bergmann, ev., S. — Tischler Carl Nadal, evang., S. — III. Dienstherr Carl Ziron, kath., I. — Lackirer Emil Baser, kath., I. — Kellner Richard Kroll, kath., I. — Schlosser Richard Wettsche, ev., I. — Maurer Josef David, evang., I. — Kaufmann Carl Ehrenhaus, jüd., S. — Anstreicher Adolf Genoua, ev., S. — Kutcher Max Reipe, evang., S. — Fleischermeister Wilhelm Bergfisch, evang., I. — Tischler Heinrich Vogt, kath., I. — Particulier Hans Kfbling, evang., I. — Metallbrecher Robert Frost, ev., I. — Cigarrenmacher Josef Wuros, kath., S.

Todesfälle. I. Maurerfrau Anna Erica, geb. Platner, 37 J. — Dienstmädchen Anna Heilmann, 20 J. — Schriftföher Otto Fischer, 28 J. — Fröh, S. des Ofenbau-meisters Johannes Kugel, 14 J. — Frieda, I. des Cigarren-machers Carl Meier, 2 Tage. — Tischlerwitwe Rosalie Geide, geb. Tripte, 78 J. — Damenschneiderin Hedwig Hübnier, 24 J. — Tischlerwitwe Auguste Saul, geb. Wobjel, 50 J. — Marie, I. des Arbeiters Paul Stiller, 1 Jahr. — Schmalige Köchin Helene Steinberg, 44 Jahr. — Berg-geschworenenrath Ernestine Rohland, geb. David, 73 Jahr. — II. Hausmeister August Schlich, 48 J. — Gertrud, I. des Kuttzers Josef Benz, 6 Wochen. — Georg, S. des Schrift-föher's Josef Denofe, 7 Wochen. — Kanztirefrau Rosina Hoffa, geb. Nagel, 24 J. — Buchhalter August Altmann, 34 J. — Fröh, S. des Arbeiters Josef Mathulke, 10 Sid. — Hedwig, I. des Monteurs Josef Eisner, 4 J. — Bern-hard, S. des Graveurs Paul Klein, 2 J. — Kaler Oscar Schmis, 36 J. — Schneidermeister August Deser, 58 J. — Ida, I. des Arbeiters August Horn, 3 J. — Paul, S. des Arbeiters Carl Goldmann, 6 Mon. — Kinderärztin Ernestine Suche, 15 Jahr. — Reinhold, S. des examinierten Heizers Reinhold Kleiner, 3 W. — Reichsbauforscher a. D. Johann Friedendorff, 75 Jahr. — Hoberfrau Pauline Glimber, geb. Klose, 44 J. — Kantier Karl Heinrich, 61 J. — Kaufmannsrau Sophie Gellin, geb. Cohn, 44 Jahr. — Marie, I. des Schuhmachermeisters Ernst Kurzer, 2 Jahr. — Kaufmann Mendel Gradewitz, 91 Jahr. — Josef, S. des Kaufmanns Adolf Schenker, 1 J. — Kaufmann Ferdinand Lustig, 72 J. — III. Arbeiter Heinrich Dieter, 20 Jahr. — Maurerpolter Carl Wolf, 60 Jahr. — Haushälterwitwe Rosina Janke, geb. Bogal, 85 J. — Gertrud, I. der des Restaurateurs Franz Armann, 13 Jahr. — Magd Pauline Schaepe, 24 J. — Fröh, S. des Maurers August Bachaly, 1 J. — Karl, S. des Generallandwirthschafts-Calculators Paul Bergius, 9 W. — Gertrud, I. des Kaufmanns Max Hise, 2 J. — Wm. Kantier Franziska Seidel, geb. Nieger, 61 J. — Müllergehelefrau Mathiloe Preuß, geb. Gabel, 59 J. — Arbeiterfrau Marie Scholz, geb. Seemid, 39 J.

Breslau, 21. November. Breslauer Weichmatt Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 26,50 bis 27,00 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 21,75 22,25 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,40—8,80 M., b) ausländisches Fabrikat 8,00—8,40 M. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sack 19,50—20,00 M. — Futter-mehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9,00—9,40 M., b) ausländisches Fabrikat 8,60—9,00 M.

Breslauer Marktpreise vom 21. November per 100 Stogr

	gute		mittlere		geringe	
	höchst	unabr.	höchst	unabr.	höchst	niedr.
Weizen weißer	15,20	15	14,70	14,20	13,20	12,70
Weizen gelber	15,10	14,90	14,60	14,10	13,10	12,60
Roggen	13,30	13	12,80	12,50	12,30	12
Erste	15	14,50	13,80	13,40	13	12
Hafer alter	13,50	13,30	12,90	12,70	12,20	11,70
Erbsen	18	17	16,50	16	15	14

Heu: 3,50—3,80 Mf. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh, neues 30,00—33,00 Mf. pro 600 Kilogr.

Briefkasten.

B. B. Der frühere Meister.

Achtung!

Freunden und Bekannten die ergebene Mittheilung, daß ich die Restauration **Bohrauerstr. 1416** übernommen habe und bitte um geneigtesten Zuspruch. G. Triffl

Weihnachts-Geschenke.

Bilder, Spiegel, Lampen, sowie sämtliche Glas- und Porzellanwaaren zu den billigsten Preisen. **A. Paetzel, 243 Paulstraße 5.**

Pöpelwitz!

Den Abonnenten der Volkswacht zur Nachricht, daß ich die Colportage übernommen habe. Ich empfehle mich den Genossen zur Besorgung der socialistischen Literatur unter Zu-sicherung pünktlicher Bedienung. **Sändermann, Pöpelwitz Nr. 36.**

Grüne Heringe
das Pfund 10 Pfennige. 226
Ring 46, im Hofe.

Zur billigen Stube
Kloster-Straße 55a, I. Etage
Winterschuhe

80 Bfg.

die fl. vorzügl. Rothwein Rheinwein, à fl. 65 Bfg. empfiehlt **Paul Mischke, 10/12 Zwingerstr. 10/12.**

Stadt-Theater.

Dienstag:

Vasantasana.

Mittwoch:

„Die Afrikanerin“.

Lobe-Theater.

Dienstag:

„Meister Balzer.“

Mittwoch:

„Meister Balzer.“

In Vorbereitung:

„Tricoche und Cacolet.“

Kaiser-Panorama

Oblauerstr. 7, blauer Hirsch.

Eintritt 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Bayr. Königsschlösser

und Helgoland. 211

Circus A. Krambser,

Breslau, Louisenplatz.

120 Personen. 80 Pferde.

Heute Die. tag, 22. Nov.,

Abends 7 1/2 Uhr:

Große brillante Vorstellung

Neu! Neu!

Erstes Debut des Clown

Nevins mit seinem astro-

batischen Affen.

Zum Schluss eine Produktion:

Eine Vergnügungsfahrt auf dem

Velociped. Das Großartige,

was in diesem Genre gesehen!

Jea de Barre, ein Meisterlein

aus dem Mittelalter, geritten

von den Herren Loyal, Her-

mann und Hesse.

Carl, ein Tigerhengst, Arver-

tupfer, dreifüßig u. vorgeführt

von Director A. Krambser.

Radio, engl. Wellen-Ruders-

berg in allen Gängen der

Leben Schule geritten vom

Director A. Krambser.

Meister Pech, ein ausge-

zeichnetester Bar, als Bar-

jock-Reiter.

Mr. Thompson mit seinen fünf

dreifüßigen Riesen-Elefanten

Auftreten des berühmten Clown

Tom-Tom.

Die sitzenden Güte, aus-

geführt von den jugendlichen

Süßke u. John u. Alfred

Rose, mit dem japanischen

Gledens el. indigend.

„Cheramin“, arabischer Volk-

buchsch, in allen Gängen

der hohen Schule ge-

ritten von der berühmten

Schulmeisterin Anna Böse.

Abends 10 Uhr die Tagesfeier.

Morgen Mittwoch:

Zwei Vorstellungen.

Nachmittags 4 Uhr:

Extra-Schüler- und Kinder-

Vorstellung zu ermäßigten

Preisen.

Abends 7 1/2 Uhr.

Gala-Vorstellung.

Hierzu erlaube mir, den Herrn

Schubert an der Louisen-Vorstadt u

Umgegend, anzuzugehen, daß ich

Friedrich Carlstr. 4.

eine Lederhandlung und

Ausschnitt,

verbunden mit Schäfte, Leistenlager

u. sämtlichen Scherbracher-Rufen er-

öffnet habe u. bitte um geneigten Zu-

spruch. 38

H. Trunk.

R. Glemnitz

Schuhmacher-Mstr.

empf. sein großes

Lager von

Herren,

Damen- und

Kinder-

Schuhwerk

zu den billigsten Preisen.

Schmiedebrücke 47.